

Der "historische" Kompromiß:

Die Ökobank kommt!

Nach monatelangem Tauziehen um die Ökobank erwartete das Publikum der Diskussionsveranstaltung um die Ökobank auf der Projektmesse nun ein bißchen mehr Klarheit über die verschiedenen Positionen. Denn - wie so häufig im Vorfeld solcher Projekte - fanden die wichtigsten Diskussionen im kleinen Kreis statt. Doch was kam, waren zwei friedlich nebeneinander sitzende Fraktionen, die sich kurz vorher doch noch geeinigt hatten. Wie schon die wichtigsten Diskussionspunkte in dem Konflikt (der z.B. an Tarifaueinandersetzungen erinnerte) nicht entschleiert wurden, war nun auch der Hintergrund für die (scheinbar) plötzliche Einigung nicht erkennbar. Das unterschwellige Unbehagen in den Zuschauerreihen war dann auch sehr berechtigt. Um nun mehr Licht in das Dunkel alternativer Finanzstrategien zu bringen, soll hier kurz die Entwicklung dargestellt werden.

Wie alles anfing...

Die Diskussion in der Szene um das Geld ist so alt wie die Szene selbst. Auch ist die Idee von der Alternativen Bank immer mal wieder in die Diskussion geworfen worden. Konkrete Ansätze, das Geldproblem anzugehen, entwickelten sich zunächst mal auf der Spendenschiene (Netzwerke, Ökofonds) und inzwischen gibt es auch schon alternative Kreditvermittlungen (STATTwerke), über die private Spargelder in finanzierungsbedürftige Projekte geleitet werden. Als dann im letzten Herbst, dem Raketenherbst, auch die Geschäftspolitik der Banken wieder thematisiert wurde, kam auch das Thema "Alternativbank" wieder in die Schlagzeilen (zumindest in der TAZ) und damit ins Bewußtsein der Szene. Und gemäß der politischen Entwicklung der letzten Jahre wurde das Kind "Ökobank" getauft. Es bildete sich eine Initiative (wie der Zufall es wollte, in der Bankenmetropole Frankfurt), die den Aufbau dieser Bank betreiben wollte.

Eigentlich wäre zu erwarten gewesen, daß diese Initiative von den anderen Gruppen (Netzwerke, STATTwerke), die im alternativen Finanzierungsdschungel arbeiten, euphorisch aufgenommen und unterstützt wird. Nicht so in unserer konfliktfreudigen Szene. Erstmal war den Netz- und STATTwerkern verdächtig, daß so eine Initiative nicht aus den eigenen Reihen kommt und dann störte sie die Hau-Ruck-Mentalität

einiger Öko-Bank-Initiatoren.

Der Konflikt bricht auf

Von Anfang an fighteten beide Parteien ziemlich verbissen um die besseren Finanzstrategien. Zunächst war die Konfliktlinie klar: Die Ökobank-Initiative wollte eine Bank, und zwar möglichst schnell, während die Netz- und STATTwerke auf ihren bankähnlichen Konzepten beharrten und eine Bank aus strukturellen Erwägungen ablehnten.

Trotz sehr harter Auseinandersetzung und wenig Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, blieb man in der Diskussion. Doch die Verhärtung war nur äußerlich und schließlich wurde auf der einen Seite die strikte Anti-Bank-Haltung aufgegeben und auf der anderen Seite die Notwendigkeit der Berücksichtigung bankähnlicher Finanzstrukturen eingesehen. Im folgenden verschob sich der Streit auf das Problem des "richtigen, szenengemessenen" Bankkonzeptes. Und dies war dann auch mehr und mehr ein Expertenstreit, der nach außen nicht so einfach nachvollziehbar ist.

Was ist Dezentralität?

Inhaltlich lagen die Streitpunkte bei der Organisation der Bank, der Grad der Dezentralität und der Kontrollmöglichkeiten durch die "Basis".

Das Bankkonzept der Öko-Bank-Initiative sah vor, daß die Träger dieser Bank (sprich: Genossen) Privatpersonen, Gruppen und Projekte sind. Aufgrund der hohen Anzahl der Genossen müssen Vertreter bestimmt werden, die dann in den Generalversammlungen (der Bank) die Politik bestimmen und den Vorstand bzw. Aufsichtsrat wählen und abwählen. Somit wäre die demokratische Kontrolle gesichert. Neben der Zentrale (nicht mehr so zufällig in Frankfurt geplant) sollte es sogenannte "Repräsentanzen" in den Regionen geben, die die Bankgeschäfte vor Ort erledigen. Diese Repräsentanzen sollen eng mit den Gruppen und Projekten vor Ort zusammenarbeiten und von denen kontrolliert werden.

Dem stellten die STATT- und Netzwerker folgendes Konzept entgegen: Die bereits entwickelten und sich entwickelnden Strukturen im Finanzierungsbereich werden weiter ausgebaut und es werden regionale Finanzierungsgesellschaften, sogenannte Finanzkooperativen gegründet, in denen alle Finanzierungsinstrumente integriert sind. Diese Finanzkooperativen, deren Träger Projekte, politische Gruppen und engagierte Einzelpersonen sein sollen, sollen dann für sich Eigenkapital ansammeln, das dann en bloc als Genossenschaftsanteil in die Bank eingebracht wird. Die Bank hat dann 8-15 Genossen (Regionen/ Finanz-Koops), die die Rahmenbedingungen für die Bank bestimmen. Die Geschäftspolitik und die Bankgeschäfte selbst sind dann den Kooperativen überlassen, die weitgehend autonom sind und neben der Kreditvermittlung auch das institutionelle Bankgeschäft betreiben. Formalrechtlich

wären diese Koops dann gleichzeitig Filialen der Ökobank mit einem voll verantwortlichen (der Ökobank gegenüber) Prokuristen.

Der "historische" Kompromiß

Natürlich gab und gibt es auch innerhalb der Ökobank-Initiative keine einheitliche Meinung. Jedoch fand sich eine Mehrheit für die grundsätzliche Akzeptierung des STATT/Netzwerkekonzeptes. Beide Parteien verständigten sich auf das Modell der Finanzkooperativen unter der Bedingung, daß dieses Konzept rechtlich machbar und ökonomisch sinnvoll ist. Anders ausgedrückt: Grundlage für weitere Diskussionen ist das Finanz-Kooperativen-Modell, von dem bei der Umsetzung nur in dem Maß abgewichen wird, wie dies rechtliche und ökonomische Bedingungen (nachvollziehbar) erfordern. Außerdem sollte durch Netz/STATTwerke sichergestellt werden, daß durch eine solche Regionalisierung der Gründungsprozeß nicht hinausgezögert und verkompliziert wird.

Diese Regionalisierung wird nun auch in der Struktur der Ökobank-Initiative, dem Verein der Freunde und Förderer der Ökobank, vorweggenommen. Zur Zeit werden allerortens regionale Fördervereine gegründet - als Vorläufer der Finanz-Koops - die dann, sobald sie rechtsfähig sind, in den Frankfurter Verein eintreten werden und diesen dann zu ihrem Dachverband umfunktionieren.

...und war hat das mit der Basis zu tun?

Auch das regionale, basisnahe Konzept kann nicht darüber hinweg täuschen, daß sich hier die zukünftigen Finanzmanager der Szene fetzen - und aufkommende Macht- und Geldphantasien kann wohl keiner der Beteiligten leugnen (ob nun im eigenen oder Projektinteresse). Auch STATT- und Netzwerke können sich damit brüsten, die Interessen der Basis durchgesetzt zu haben, was allerdings geschaffen wurde, ist eine Situation, die es interessierten Projekten und Gruppen ermöglicht, sich regional in die Diskussion um die Ökobank einzuklinken (was sicherlich einfacher ist als einmal im Monat nach Frankfurt zu fahren). Das Konzept sieht eine starke Basisanbindung vor. Ob es allerdings mit dem Leben gefüllt wird, wie es sich seine Protagonisten vorstellen, das liegt am Engagement eben der betroffenen Projekte und Gruppen.

Was bleibt ist, daß wir weder eine Bank für noch der Bewegung wollen, sondern eine "bewegte" Bank.

Nachtrag für Schaulustige

Dieser Kompromiß ist kein einhelliger! Es gibt durchaus auch die (Minderheits-)Meinung, daß vieles an dem Konzept einer notwendigen Bankseriosität schaden würde und somit viele potente Geldgeber verschreckt. Und diese Minderheit könnte tatsächlich zu einer Sperrminorität werden, da die umfangreichen Struktur-

und Satzungsänderungen, die für das neue Konzept notwendig werden, einer qualifizierten (3/4) Mehrheit bedürfen. Im schlimmsten Fall - d.h. wenn es eine Auseinandersetzung auf der formaljuristischen Ebene gibt - müssten die Regionalinitiativen einen neuen Dachverband gründen und es würde zwei konkurrierende Bankinitiativen geben. Der interessierte Zuschauer darf also noch ein bißchen gespannt sein.

Michael Makowski

Der Autor ist Mitarbeiter der STATTwerke und als solcher direkt an den Auseinandersetzungen beteiligt. Die Objektivität der Berichterstattung ist nur scheinbar. Subjektivistische Tendenzen ließen sich nicht ausschließen.

M.M.

Am Rande . . .

Unbeachtet, schon fast am "Rande" der Projektmesse produzierte eine Arbeitsgruppe in zwei Sitzungen deren vielleicht bedeutendstes Ergebnis: das WANDELSBLATT, die Zeitung für Selbstverwaltung.

Ungeachtet aller Streitigkeiten in Einzelpunkten, unabhängig davon, ob der eine mehr Kommune will und die andere mehr Betrieb, ob dem einen die ständigen Organisationsdebatten zum Hals heraus hängen und der anderen der Psycho-Klump - eines ist allen klar geworden: wenn wir uns nicht in die Lage versetzen, uns kontinuierlich auszutauschen, zu informieren und zu diskutieren, dann hat das Ganze keine Chance, sich zueinander zu entwickeln.

Kein Treffen, auf dem nicht über weite Strecken erstmal der gegenseitige Informationsstand hergestellt werden mußte, kaum ein Gespräch ohne tiefgreifende Mißverständnisse, mühsame Suche nach dem Faden der gemeinsamen Diskussion, der nach dem letzten Treffen wieder mal abgerissen ist.

Das WANDELSBLATT ist Teil der Strukturen, die wir uns schaffen, um kontinuierlich Kontakt zu halten, um nicht nur vom Anspruch her unsere Bewegung gemeinsam weiterzuentwickeln.

Und - das ist das Neue beim WANDELSBLATT gegenüber seinen Vorgängern ("Wir wollen's anders", "Basis", "Betriebszeitung" in der TAZ, "Hick-Hack" und "Viererbande"): diese Zeitung ist in großer Runde gemeinsam geboren worden.

Am (runden) Tisch saßen Vertreter der Regionen Berlin, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Stuttgart, München und Rhein-Main. Es ging nicht über das "Ob" oder "Ob nicht", es ging um die Frage, wie ein solches Kommunikationsorgan der Bewegung angegangen werden und aufgebaut sein muß, um diesem Anspruch auch gerecht werden zu können.

Wir wollen's nach wie vor anders; deshalb versuchen wir so dezentral wie möglich: wer immer will, soll sich praktisch an der Zeitung beteiligen können, und das meint mehr als nur die Möglichkeit, Artikel zuzusenden.

Es gibt von Anfang an autonome Redaktionen. Die Berliner, die Bremer und wir in Rhein-Main fühlten uns der Aufgabe gewachsen, die Erstellung je einer Ausgabe garantieren zu können. Das sichert die ersten drei Ausgaben des WANDELSBLATT. Die anderen Regionen, in denen die Zusammenhänge soweit noch nicht entwickelt sind, können trotzdem aktiv werden: indem sie eine oder mehrere regionale Seiten autonom gestalten. Sobald sich weitere Personen in der Lage fühlen, eine Zeitung zu machen, treten sie dem Herausgeberkreis bei. Und der rege Zuspruch, den das WANDELSBLATT finden wird, wird die Schwierigkeiten der Zeitungsproduktion in Zukunft wohl auch erheblich mindern.

Das WANDELSBLATT wird monatlich erscheinen. Es soll einen Umfang von 16 Seiten haben und für Kollektive nicht mehr als 2 Mark kosten. Dies, damit in den Kollektiven möglichst jedes Mitglied die Zeitung abonnieren kann. Eine der schönsten Erfahrungen mit der "Viererbande", der Zeitung des Hessenverbandes, war die Tatsache, daß Diskussionen über die Inhalte in den Betrieben selbst stattgefunden haben. Und dazu kommt es sonst nur selten, weil Zugesandtes in unseren Betrieben spätestens beim Dritten verschwindet.

Wir werden das WANDELSBLATT drei Ausgaben lang allen uns bekannten Betrieben, sozialen und kulturellen Projekten und den politischen Initiativen zusenden. Ihr sollt nicht nach der ersten Nummer schon urteilen müssen - die nächsten Ausgaben werden den eigentlichen Anspruch wohl deutlicher machen. Wir werden die Netzwerke bitten, diese Startphase mit 10.000 Mark finanzieren zu helfen.

Nichtsdestotrotz wäre es toll, wenn die von euch, die schon lange auf eine solche Möglichkeit gewartet haben, den Ansatz von Anfang an unterstützten, indem sie reagieren (Beiträge) und abonnieren.

Das WANDELSBLATT kostet im Abo 24,- für 12 Ausgaben. Mehrzahlungen werden wir nicht als Spenden verbuchen, sondern damit das Abo entsprechend verlängern.

Überweist bitte auf das Konto der Frankfurter Sparkasse von 1822 Nr. 0346-073057 (Sonderkonto) J. Gelbrich.

Das WANDELSBLATT dient in erster Linie der Kommunikation zwischen den Gruppen und Betrieben. Gleichwohl sind Einzelabos von interessierten Außenstehenden möglich.

Und zum Schluß noch ein ganz wichtiger Hinweis: das WANDELSBLATT erreicht einen sehr weit gefaßten Bereich der Bewegung". Viele werden mit den in diesen ersten Ausgaben bearbeiteten Themen nicht auf der Stelle etwas anfangen können. Wenn ihr euch dadurch nicht beirren laßt und umgekehrt dafür sorgt, daß auch eure spezifischen Diskussionen im WANDELSBLATT ihren Niederschlag finden, könnten wir uns einem neuen Ziel ein Stück weit annähern. Dem Versuch die ohne Kontakt zueinander parallel arbeitenden Teile der Bewegung in Kontakt miteinander zu bringen.

In diesem Sinne viel Spaß beim Lesen

die Redaktion

Psycho, Psycho und kein Ende?

Es werde - war eine massiv vorgebrachte Kritik bei der Projektmesse '84 - "nur über Kohle geredet"; die "alltägliche Wirklichkeit der Projekte" hingegen, das also, was uns im Alltagsfrust Tag für Tag beschäftigt und oft genug fertigmacht, falle hinten runter, sei kein Thema, werde totgeschwiegen.

Ich verstehe diesen Vorwurf nicht.

Beteiligung an der Projektmesse hat für mich persönlich bedeutet, zu versuchen, die Themen und Inhalte, die mich derzeit am stärksten beschäftigen, so gut wie möglich zum Gegenstand allgemeiner Diskussionen zu machen. Dies in der Erwartung, daß "meine" Themen so privat nicht sind, daß es landauf, landab in den Gruppen eine Menge Leute gibt, die sich an denselben Punkten Kopfschmerzen machen. Ich hatte erwartet, daß dies von allen anderen auch so gehandhabt würde und war sicher, daß darüber das breite Spektrum der glücklicherweise unterschiedlichen Interessen und Themen bei der Projektmesse repräsentiert sein würde.

Die Vorbereitungsgruppe im Hessen-Verband hat sich - wie ich weiß - in genau dieser Art und Weise an die Arbeit gemacht, d.h. nicht eigenständige Überlegungen zu Programm und Ablauf der Messe angestellt, sondern sich darauf beschränkt, die von außen angebotenen Themen zu ordnen und in einen überschaubaren Zusammenhang zu bringen. Ich denke, sie hat sich damit genau an die ihr gestellte Aufgabe gehalten und kann damit nicht der Adressat der oben beschriebenen Kritik sein.

Die wendet sich m. E. gegen die Kritiker selbst: der "Dauerbrenner" Konflikte in den Gruppen war nur deshalb kein Thema bei der diesjährigen Projektmesse, weil sich niemand die Mühe gemacht hat, dieses Thema vorzubereiten. Und an diesem Punkt deckt sich das Erlebnis PM '84 dann auch wieder mit den üblichen Erfahrungen aus dem Gruppenalltag.

Lamento und Wehgeschrei ist auch dort immer wieder auffällig verbunden mit Passivität und Konsumhaltung. Jammern tun nicht die, die sich Aufgaben stellen und diesen Aufgaben gerecht zu werden versuchen (und das heißt bei der bekannten allgemeinen Belastung in den Gruppen oft bis an den Rand der Erschöpfung) - jammern tun die, denen das alles "zu heavy" ist, die schon bei dem Gedanken an den Verlust von abendlicher Freizeit durch das Plenum Bauchschmerzen kriegen, die zwar "alternativ" arbeiten wollen, dies aber nur auf der Grundlage des funktionierenden Familienlebens können und mit möglichst allseitig abgesicherter Existenz.

Ich habe in 10 Jahren selbstverwalteter Praxis noch nicht erlebt, daß von der Jammerfraktion (die es zu allen Zeiten in allen Gruppen gab und geben wird) einmal konstruktive Vorschläge auf den Plenums-Tisch gelegt worden wären. Ansätze zur Lösung der kritisierten Problematik werden nicht gebracht, sie werden erwartet; und ausgerechnet von denen erwartet, die eh schon bis zum Hals in Arbeit stecken.

Idealtypisch darf es solche Diskrepanzen in unseren Betrieben und Projekten überhaupt nicht geben. In der idealisierten Vorstellung bestehen Alternativprojekte ausschließlich aus Menschen mit dem gleichen Engagement, gleicher Erfahrung, gleichem Informations- und Wissensstand; alles wird gemeinsam beraten, es gibt kein Oben und kein Unten, die Arbeit ist kreativ und frei gewählt und erfüllt deshalb, statt zu belasten; die Produktion von Waren ist ersetzt durch den unmittelbaren Kontakt zwischen Produzenten und Konsumenten und das Thema Geld - igitt! - ist ein für allemal erledigt.

Der Arbeitsalltag ist ein Meer von Freude, hauptsächlich dazu da, zum Lachen und zum Träumen anzuregen; und wem das dann noch zu öde sein sollte - für den gibt's als weitere angenehme Anregung die politischen Kämpfe, zum Lachen und Träumen natürlich.

Ich weiß nicht, Hans, ich krieg' das einfach nicht auf die Reihe.

Die Realität ist doch ganz anders. Real ist unsere Arbeit alles andere als kreativ. Sie ist Erwerbsarbeit, ist Warenproduktion zur Existenzsicherung und von daher auch keineswegs frei gewählt, sondern ausgerichtet auf die Erfordernisse und Möglichkeiten am "Markt". Real ist das Thema Geld der ungeliebte Dauerbrenner unserer Diskussionen, deswegen ungeliebt, weil jede Phantasie zu ihrer Realisierung an die leidige Kohle geknüpft ist und weil die vorhandene Kohle in der Regel noch nicht mal zur Sicherung der schlichten selbstverwalteten Existenz reicht. Real gibt es in den Gruppen ausgeprägte Unterschiede im Informations- und Wissensstand, im eingebrachten Engagement und in der mitgebrachten Erfahrung. Real gibt es daher auch ein Oben und Unten, informelle Hierarchien und die Konflikte, die sich daraus ergeben. Real sind wir doch alle keine besseren Menschen geworden, nur deswegen, weil wir kollektiv leben und/oder arbeiten.

20 Jahre und mehr Erziehung im Kapitalismus, ausgerichtet auf den Verwendungszweck und ausgestattet mit genau den Charaktereigenschaften, die für die optimale Verwendung nötig sind - das ist doch nicht wegzuwischen einfach dadurch, daß wir unser Leben ein bißchen umorganisieren. Erstmal bleiben wir alle die konkurrenten, egoistischen, bornierten und laschen Einzelmenschen, zu denen wir gemacht worden sind. Gruppenbildung ist ein Prozeß, dessen Fortschritt dann besteht, Konkurrenzen durch Toleranz zu ersetzen. Ich finde, daß oft genug gerade die überzogenen, idealtypischen Vorstellungen diesen Prozeß behindern. Aus diesen Vorstellungen leiten sich ebenso überzogene gegenseitige Erwartungen und Ansprüche ab. Sie liefern die Begründung für die allgemeinen Frust-Gefühle, mit denen man sich so herrlich gegenseitig runterziehen kann. Und sie sind immer wieder im Einsatz bei

den gegenseitigen Konkurrenztrips und Fraktionierungen.

Unter Toleranz verstehe ich allerdings etwas anderes als christliche Nächstenliebe. Toleranz ist eine unbedingt gegenseitige Angelegenheit. Sie bedingt gegenseitigen Respekt. Sie fordert von mir, daß ich den Neuen in der Gruppe tatsächlich "dort abhole, wo er steht" und nicht gefrustet bin, wenn er in drei Monaten noch nicht das nachgeholt hat an persönlichen Entwicklungsprozessen in der Gruppe, wofür ich zehn Jahre gebraucht habe. Sie fordert umgekehrt von jenem Neuen, daß er mich nicht "antiautoritär" in weiterer eigener Entwicklung behindert, um aufholen zu können. Ich denke, die unterentwickelte Toleranz ist einer der Knackpunkte in unseren Gruppen (und natürlich auch in den Beziehungen zwischen uns bei Projektessen und anderen Treffen von Gruppen).

Ich glaube nicht mehr daran, daß sich solche Probleme auf der Psychoebene lesen lassen. So nach dem Motto: jetzt setzen wir uns mal alle in einen Kreis und erzählen uns, was wir gegenseitig für Probleme haben. Dieser Ansatz ist - denke ich - in der Tat Ursache für "die zunehmende Beschäftigung vieler Leute mit Mystischem". Das dreht sich im Kreis und führt zu Resignation und Verzweiflung.

Ich denke vielmehr nach allen Erfahrungen, daß die Lösung in der Praxis liegt, im gegenseitigen Sich-Erleben. Und daß das eigentliche Problem darin besteht, daß wir viel zu wenig tun, innerhalb und außerhalb unserer Gruppen solche Möglichkeiten zu entwickeln, sich zu erleben. Das geht in zwei Richtungen. Einmal ist es das gemeinsame Ziel, über das man sich auseinandersetzen und kennenlernen kann. Dieses "gemeinsame Ziel" steht aber oft genug so vage im Raum, daß jeder Ansatz auf gemeinsame Diskussion oder gemeinsame Aktion verbaut bleibt. Zum anderen ist das Feld der Arbeitsmöglichkeiten bei allen Gruppen stark begrenzt. Je umfassender aber die Arbeitsfelder, die sich eine Gruppe "reinzieht", um so mehr Möglichkeiten für den Einzelnen, seine speziellen Fähigkeiten und Begabungen zu entwickeln und sich damit "erlebbar" zu machen.

Das ist einer der wichtigsten Gründe dafür, warum wir hier ständig "expandieren". Expansion ist nicht nur schlicht Wachstum (Wachstum wozu?), sondern heißt Erweiterung der Möglichkeit zu andersartigen Arbeiten und Tätigkeiten, heißt erweiterte Möglichkeit zur Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und des gegenseitigen Kennenlernens.

Und was "das Ziel" angeht: es ist nach wie vor (und heute allemal deutlicher als noch vor 10 Jahren) eine Illusion zu glauben, inmitten des Kapitalismus ließen sich kleine, unbehelligte Inseln des gelebten utopischen Sozialismus errichten. Und wenn heute die Grenzen deutlicher werden und uns in ganz anderer Weise zwingen, uns auch noch um das Thema Geld zu kümmern, dann ist das nur logisch und vorhersehbar gewesen; es macht meiner Meinung nach deutlich mehr Sinn, sich dieser neuen Herausforderung zu stellen, als einfach nur die Augen zuzumachen und (weiter) zu jammern.

Karl Bergmann

Das kann doch nicht alles gewesen sein!

Der Konflikt, der sich einige Tage auf der Messe breitmachte (und ausdiskutiert wurde) war unversehens auch Mitbestandteil der Arbeitsgruppe "Politische Perspektiven gibt's die noch?"

Mühsam wurde auseinandergebrösel, daß das die Messe dominierende Thema Geld nur ein Teil der Diskussion sein kann. Und daß diejenigen aus der Szene, die sich Gedanken um Verteilung und Umgang mit der Knete machen, auch zu denen gehören, die sich Gedanken um die politische Zukunft der Betriebe machen. Denn es muß uns doch mit Mißtrauen erfüllen, wenn der Staat, wahlweise dessen regionale Würdenträger sich neuerdings nicht nur Gedanken um uns machen, sondern sich tatkräftig auf unsere Finanzierung stürzen. Früher wurde der Knüppel aus dem Sack auf den Tisch geknallt, heute steht allerorten der Dukatenesel bereit.

Da sagen dann die einen, die sich ihre Unschuld erhalten wollen (und können), daß sie ihr Projekt ohne (Staats-)geld aufgezogen haben und daß sie auch keines brauchen - was geht uns also die Knetediskussion an! Und anstatt, daß man ein gemeinsames Feindbild hätte - schön wär's ja, aber auch zu einfach - vermutet man den Feind in den eigenen Reihen. Das sind nämlich die Großprojekte, die Geld brauchen, um ihre Kapitaldecke zu verbessern. Und das sind die Leute, die sich Träume gönnen, was wir noch an Projekten brauchen, um alle Wirtschaftsbereiche abzudecken. Deren Träume sind mit der Zeit mit Ungeduld genährt. Sie wollen nicht warten, bis alles naturwüchsig von selbst entsteht, sondern auch mal was Großes auf die Beine stellen. (Nicht nur small ist beautiful.)

Ich rede jetzt nicht einem effizienten, zweiten Wirtschaftssystem das Wort, sondern denke, wir müssen uns zusammen darüber klar werden, welche Produktionsbereiche brauchen wir, um der kapitalistischen Wirtschaft etwas entgegensetzen zu können und nicht nur von ihr geduldet zu werden.

Aber zurück zum Geld. Hier müssen also Strukturen, die nicht zu reinen Geldverteilungsmechanismen verkommen, oder aus pragmatischen Gründen gleich so angelegt werden.

Diese Strukturen müssen inhaltlich-politisch gefüllt sein, und nicht nur aus Reaktionen auf den Staat bestehen, der sich seine eigene Ratlosigkeit grade mal was kosten läßt. Und bei der Frage nach unserem gemeinsamen politischen Anliegen scheiden sich dann die Geister.

Denn die gesellschaftlichen Bedingungen, die es dem fröhlichen 4er-Kollektiv ermöglichen, sich in einer Nische niederzulassen - das betrifft wohl vor allem Handels-, Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe - werden nur solange geduldet, wie sie fürs System auch nützlich sind. Daß es uns gibt und daß es mittlerweile viele

selbstverwaltete Betriebe gibt, mag Ausdruck unserer Stärke sein. Unsere eigentliche Stärke ausprobieren, können wir aber nur, wenn wir unsere Wirtschaftsbetriebe für unsere politischen Ziele einsetzen. Und das heißt doch, sich nicht nur im Innenverhältnis der herrschenden Wirtschaft und Gesellschaft zu widersetzen.

Selbstverwirklichung im Kollektiv und zur eigenen Befriedigung gute Arbeit zu machen, dabei noch einige Öko-Standarde im Kopf behalten - das kann doch nicht alles gewesen sein. Um nicht mißverstanden zu werden: das ist ja auch okay, anders zu arbeiten und anders mit den "Kunden" umzugehen, das gehört mit zu der Art von menschlichem Umgang, der ein Schritt hin zu einer anderen Gesellschaft ist. Und ich würde auch die vielen kleine Schritte, die konkret was zwischen Menschen verändern, nicht zugunsten einer politisch-schlagkräftigen Kaderorganisation eintauschen wollen. Also kein ZK. Und das ZK, denke ich, ist der eigentliche Knackpunkt der Diskussion. Da gibt es die oben kurz beschriebenen "jüngeren" Kollektive und die "alten", die aus politischen Gründen ihr Projekt gegründet haben. Die aber nachdem sie sich ausschließlich auf den Aufbau ihrer Betriebe gestürzt hatten, aus dem "Mehr" an Betrieben auch ein "Mehr" an Bewegung machen wollen..

Aber, man muß wohl damit leben, daß es eine Ungleichzeitigkeit in der Bewegung gibt. Ungleichzeitigkeit, bezogen auf den Anspruch, den Betriebe und Einzelne an sich stellen, den sie entwickelt haben oder noch nicht. Ganz bewußt steht da "noch nicht", denn für mich sieht es nicht so aus, als würden wir von den "Neuen Selbständigen" unterwandert oder bestimmt. Denn es gibt ja wohl noch recht deutliche Unterschiede zwischen Selbstverwaltet ohne Chef und effizientem Teamwork mit Mehrpersonenbesitzverhältnissen. Trotzdem, die Ungleichzeitigkeit kann so stehen bleiben und dennoch muß etwas getan werden. Nur, der Dialog zwischen den verschiedenen Gruppierungen muß stattfinden. Die, die für sich Perspektiven politischer Natur, die über den eigenen Betrieb hinausgehen, entwickelt haben, müssen daran arbeiten. Die anderen müssen sich zumindest damit auseinandersetzen sich solidarisch verhalten und sich nicht einfach verweigern.

Wir brauchen - neben den Branchentreffs und Regionalkontakten - Zusammenhänge und Strukturen, die uns eine kontinuierliche politische Diskussion erleichtern. Grundlage für die Diskussion sollte sein daß wir doch eigentlich gegen diese Staat sind. - Oder etwa nicht?

Monika

Finanzen und Emotionen

geschrieben für Hans, Wolfgang und andere

Die Reaktionen auf die Projektmesse '84 und die vielen Gespräche danach zeigen mir, daß einiges - ganz besonders die Diskussionen um Ökobank und "Hessenknete" - für viele Menschen aus an der Messe beteiligten Projekten noch immer kein greifbares Ding darstellt. Ich möchte an dieser Stelle nicht auf die politische Relevanz eingehen - dazu gibt es wirklich einiges Lesenswerte - sondern auf die alltäglichen Probleme in unserem Projekt, dem Blätterwald.

Ich will versuchen zu verdeutlichen, welche Auswirkungen ein mißliches Finanzgefüge auf die Struktur einer Gruppe haben kann.

Dazu etwas Projekthistorie

Der "blätterwald" wurde als Genossenschaft gegründet. Bis jedoch die amtliche Eintragung der Genossenschaft erfolgte, verging ein langes Jahr der Kämpfe quer durch bundesrepublikanische Amtsstuben.

Wir gingen unser Geschäft aber trotzdem unerschrocken an. Dazu gehörte auf politischer Ebene der Zusammenschluß verschiedener Papierhändler (die auf der Projektmesse mit uns gemeinsam ausstellten) und damit verbunden der Entschluß möglichst unabhängig von bürgerlichen Betrieben zu produzieren und zu vertreiben(ein großer Plan!). Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war die Anschaffung der Flexo-Druck-Maschine mit Blockleimstrasse. Ein Angebot über dieses (seltene) Teil lag bereits vor - es sollte 100.000 DM kosten.

Das Angebot war überaus verlockend und mußte sehr schnell entschieden und bezahlt werden. Angesichts der attraktiven Möglichkeiten, die diese Maschine bot, entschieden wir uns dann auch sehr schnell. Zu unserem Leidwesen mußten wir feststellen, daß Banken weitaus weniger risikofreudig arbeiten. Als noch nicht eingetragene Genossenschaft hingen wir rechtlich im quasi luftleeren Raum und genossen keinerlei Bonität um eine langfristige Finanzierung zu erhalten. Aber die Maschine mußte bei! Kurz entschlossen wurden 40.000 DM über einen Wechsel mit zweimonatiger Laufzeit und 60.000 DM über Kleinkredite von Freunden, aus der Familie und Bekannten zusammen gekratzt. Alles Darlehen mit höchstens 2 Jahren Laufzeit.

Dem geschäftlich versierten Leser schießen wahrscheinlich gerade die Lachtränen in die Augen... aber wir hatten unsere Maschine, mieteten einen zweiten Raum für drumrum, erweiterten das Kollektiv von fünf auf neun Menschen, und konnten von nun an nur von einer Papierfabrik abhängig arbeiten. Die Möglichkeiten erstreckten sich

vom Formatpapier über Blocks zu Ringbucheinlagen. Die Heftproduktion gaben wir bei anderen Kollektiven oder Kleinbetrieben in Auftrag. Ja, so toll der Kauf war, er bildete den Grundstock für unsere Finanzmisere. Der Wechsel wurde fällig und mußte ebenfalls in Kleinkredite umgewandelt werden. Eine endlos scheinende Spirale begann sich zu drehen:

Aus den laufenden Einnahmen mußten die Kredite gedeckt und das Papier als Rohmaterial eingekauft werden. Mit laufender Produktion erhöhte sich die Auftragslage. Mehr Arbeitsplätze entstanden, das Kollektiv vergrößerte sich von neun auf vierzehn Menschen. Die Lohnkosten stiegen. Ein neues Etablissement wurde fällig. Ein Umzug mußte finanziert werden. Just zu dieser Zeit entschloß sich unser Schweizer Papierlieferant seine Tore auf immer zu schließen. Eine neue Fabrik, die bereit war nach unseren Kriterien zu produzieren wurde gefunden. Fortan hieß unser Papier vup. Leider hatten wir aber noch keinen Warenkredit und mußten immer kurzfristig zahlen! Immerhin das graue Umweltschutzpapier wird langsam salonfähig und somit erweiterte sich unser Kundenkreis. Dadurch mußte unser Angebot qualifizierter und unser Lagerbestand erhöht werden - um fast 100% (in Märkern etwa 70.000 DM). Großaufträge anderer Händler kamen dazu und somit erweiterter Papiereinkauf - ja, und gerade wollen wir wieder drei neue Leute im Kollektiv aufnehmen...

Verliert nicht aus den Augen, alles muß aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden! Ein Polster konnte bei unserem Expansionsdrang nicht angelegt werden. Zur Zeit verarbeiten wir etwa 1,5t Umweltschutzpapier pro Tag - ökologisch gesehen ein klar verbuchbarer Erfolg!

Aber wie sieht es mit uns aus?

Ohne vernünftige Finanzierung befinden wir uns seit vier Jahren auf einer Gratwanderung, immer kurz davor umzufallen, in einen Konkurs hinein. Bis jetzt haben wir das Gleichgewicht halten können. Aber was hat uns diese Gratwanderung schon alles an Nerven, Kraft und Schlaf gekostet? Wie viele ungezählte Stunden wurde um Geld geredet? Wie viele persönliche Probleme mußten hintan gestellt werden, um über Finanzen zu reden? Wieviel Kraft hat es immer gekostet, wenn die Genossenschaftsprüfung ergab, daß wir nur 5.000 DM vom Konkurs entfernt waren, uns einigermaßen aufzurichten und immer wieder zu sagen - wir machen weiter, unsere Idee ist mehr wert als Geld, nix und niemand kann sie uns nehmen! Welche Anstrengung war es, Subventionen aus dem Weg zu gehen, weil unsere Idee auch die alternative Wirtschaftlichkeit beinhaltet. Aber genug davon. Wir wollen Lösungen! Wir haben es einfach satt, von der Gunst und den Kriterien der bürgerlichen Banken abhängig zu sein!

Deshalb haben auch wir mit anderen zusammen die Zeit der Projektmesse dafür genutzt sinnvolle Finanzierungen und die Gründung einer eigenen Bank in Angriff zu nehmen.

Wir haben es satt, in einer Nische zu stehen und alle Möglichkeiten, die der Staat für

bürgerliche Unternehmen hervorzaubert an uns vorbeilaufen zu sehen. Wir stehen in keiner Nische, sondern unübersehbar mittendrin in "dieser, unserer" Gesellschaft - wie ihr übrigens auch!

Nur, wir haben keine Lust irgendwo mit reinzurutschen, sondern wir sind es inzwischen gewohnt selber zu bestimmen, was wir unter welchen Bedingungen haben wollen. Darum geht es!

Viele Positionen und Abneigungen und Emotionen (jawohl, die auch!) müssen angehört und diskutiert werden. Viel Geduld muß aufgebracht werden, um ein Ergebnis zu finden, daß gemeinsam getragen wird. Und schließlich wird es auch ein Ergebnis geben - weil, wir wollen nämlich alles haben: Ökobank und Hessenknete - aber zu unseren Bedingungen!

Lieber Hans, sag nicht noch mal, daß dies alles nichts inhaltliches sei; und ein großes buntes Sommerfest mit dem Stammtisch aus dem Nachbardorf hätte mich dabei auch nur am Rande amüsiert, lieber Wolfgang!

Doris, Blätterwald

Interview:

SPD unterstreicht die Bedeutung selbstverwalteter Betriebe

ppp Bonn (va). Der Ansprechpartner für Arbeitsloseninitiativen beim Vorstand der SPD, Rüdiger Reitz, hat seiner Partei dringend empfohlen, sich stärker auf die neuen selbstverwalteten, alternativen Betriebe zu konzentrieren. Reitz erklärte am Mittwoch in einem PPP-Interview, hier entwickle sich aus den sozialen Bewegungen der siebziger Jahre ein eigenständiges Wirtschaftsspektrum, das bald etablierte Unternehmen zu einem scharfen Wettbewerb herausfordern werde. In diesem Bereich würden Traditionen aufgenommen, die eigentlich zur Arbeiterbewegung gehörten. Der Referent beim SPD-Vorstand zog damit zugleich sein Fazit einer Projektmesse '84 die am Wochenende in Oberursel bei Frankfurt zu Ende gegangen ist.

PPP: Herr Reitz, Sie haben die Projektmesse '84 in Oberursel besucht. Welchen Eindruck haben Sie von dieser Messe?

Rüdiger Reitz: Die Projektmesse '84 wurde zum zweiten Mal in dieser Form veranstaltet. Zu dieser Projektmesse kamen circa 125 Selbstverwalter von Kleinbetrieben und alternativen Dienstleistungsunternehmen. Es war eine Art Leistungsschau, wenn man so will.

PPP: Hat sich denn jemand aus der etablierten Wirtschaft in Oberursel blicken lassen?

Rüdiger Reitz: Das kann ich nicht genau beurteilen. Ich habe aber festgestellt, daß unter den Besuchern auch distinguierte Herren in Nadelstreifen auftauchten.

PPP: Was zeichnete die Produkte dieser Messe aus?

Rüdiger Reitz: Das Kennzeichnende an den Gütern war, daß es sich im Wesentlichen um ökologische und sozialverträgliche Produkte handelte. Es gibt Vertreter in diesem Bereich, die diesen Ansatz als die Ökologisierung der Ökonomisierung bezeichnen. Technisch ist Kennzeichen dieser Produkte, daß es vielfach Innovationen sind, patentreife, eine gelungene Anwendung dessen, was als mittlere Technologie

bezeichnet werden kann. Ein Beispiel: Da hatte ein selbstverwalteter Fünf-Mann-Betrieb aus München, der sich Sponton nennt, und der als Arbeiterselbsthilfe im Jahre 1975 seine Aktivitäten aufgenommen hat - mit heute circa 250.000 Mark Umsatz, ausgestellt, der Akkus herstellt, Beschallungsanlagen, also elektronisch wertvolles Gerät. Es wurden biologisch verträgliche Häuser gezeigt, biologischer Landbau, alternative Busunternehmen und anderes. Die Palette ist sehr breit. Dies ist meiner Auffassung nach eine Herausforderung an das etablierte Unternehmertum. Vielleicht wäre es deswegen ganz interessant gewesen, wenn diese sich die Messe in Oberursel angeschaut hätten wegen der Innovationsfähigkeit, des Gespürs für sinnvolle Produkte, die auch sozialverträglich sind, und wegen der Risikobereitschaft.

PPP: Wie reagieren Vertreter selbstverwalteter Betriebe, wenn Sie als Sozialdemokrat auf sie zugehen?

Rüdiger Reitz: Es ist überhaupt keine Feindseligkeit festzustellen und keinerlei Abneigung. Sie erwarten vielmehr von uns sehr viel. Ich will zwei Beispiele nennen. Sie erwarten von uns, daß wir die Diskussion über die Zukunft der Arbeit erweitern. Denn diese selbstverwalteten Betriebe praktizieren Vorstellungen von Arbeitsorganisation, die uns fremd geworden sind. Sie haben Genossenschaften, Kollektive eingerichtet. Das zweite, was sie von uns erwarten, ist, daß die Bereitstellung von günstigem Kapital zur Förderung, zur Aufbau- und Anfangsförderung verbessert wird. Eine geradezu signalhafte Wirkung hat das Sieben-Millionen-Programm des Landes Hessen, das in den Landesetat eingebaut wurde, und aus dem in Zukunft alternativökonomische Projekte finanziert werden sollen.

PPP: Verbessert dieses Programm in Hessen die Situation, die Aufbaumöglichkeiten derartiger Betriebe?

Rüdiger Reitz: Ganz eindeutig.

PPP: Wie steht es denn mit den Vorzeige-Einrichtungen der Mittelstandspolitiker, den Existenzgründungsprogrammen? Werden diese in Anspruch genommen, oder gibt es bürokratische Hemmnisse?

Rüdiger Reitz: Es gibt bürokratische und auch einkommensbedingte Hemmnisse. Diese Existenzgründungsprogramme sind ja fast ausschließlich für Leute zugeschnitten, die über eine Mindestausstattung an Eigenkapital verfügen. Die Existenzgründer aus dem alternativökonomischen Bereich verfügen weniger über Kapital, dafür aber über mehr Phantasie. Und insofern muß also hier - analog zum Hessenvorstoß und auch zum Anstoß in Bremen, noch zugelegt werden. Bürokratische Hindernisse gibt es gewiß.

PPP: Worauf beziehen sich diese Betriebe? Ist ihnen bewußt, daß sie einen ganz wichtigen Zweig der Arbeiterbewegung aufgenommen haben?

Rüdiger Reitz: Ich weiß nicht, ob sie sich dessen bewußt sind. Aber sie wissen, wovon sie reden, wenn sie sagen: Genossenschafts-Selbstverwaltung sei die adäquate Form des Produzierens und Miteinanderlebens. Für die SPD muß es befremdend wirken, feststellen zu müssen, daß in diesen, jetzt auch zahlenmäßig wachsenden

selbstverwalteten Betriebe, Traditionselemente der Arbeiterbewegung realisiert und praktiziert werden, die es ja auch bei uns nur noch in ganz wenigen Ausnahmen gibt. In pervertierter Form existiert diese Tradition in Coop oder anderem weiter.

PPP: Also in den großen Gemeinwirtschaftsunternehmen?

Rüdiger Reitz: In den großen gemeinwirtschaftlichen Betrieben. Es ist noch wichtig, darauf hinzuweisen, daß uns hier zwar ein Markenzeichen abhanden gekommen ist, und sich plötzlich wiederfindet bei selbstverwalteten Betrieben; daß aber auf der anderen Seite, wenn man näher hinsieht, es auch in der SPD bereits neue Ansätze gibt. Ich kann zwei Beispiele nennen. In Saarbrücken existiert die "Zukunftswerkstatt Saar", und im Bereich des Genossenschaftswesens des Siedlungsbaus gibt es eine Initiative in Hamburg, die Wilhelm-Bröscher-Siedlung, eine eingetragene Genossenschaft. Mit anderen Worten: Was jetzt auf alternativökonomischen Sektor passiert, ist die Zuspitzung von Elementen, die zur Tradition der SPD zählen. Eine Tradition, die sie viel zu wenig pflegt.

PPP: Sie sagten, diese Gruppen seien in einem raschen Aufwachsen begriffen. Ist es denkbar, daß sie in zehn oder 15 Jahren ein ernstzunehmender Faktor der Gesamtwirtschaft geworden sind?

Rüdiger Reitz: Ich kann nur davon ausgehen, was schon da ist und Fragen stellen. Eines ist sicher, auch im Selbstverständnis der Initiatoren: Die sozialen Bewegungen der siebziger Jahre, also Frieden, Öko, Frauen und vielleicht auch noch die Arbeitslosenbewegung, bekommen nun einen eigenständigen ökonomischen Ausdruck in der Selbstverwaltungswirtschaft. Das heißt: Die abstrakten sozialen Bewegungen der siebziger Jahre, die verbaldemonstrativ so stark waren, finden zu der ihnen eigenen ökonomischen Form. Diesen Zusammenhang müssen wir in der SPD aufnehmen und sehr sorgfältig überlegen. Die Zukunftsperspektive? Die Initiatoren der selbstverwalteten Betriebe werden auf gar keinen Fall Hemmungen entwickeln gegenüber den bereits etablierten Branchen. Sie werden einen scharfen Wettbewerb herausfordern. Sie werden auch ganz neue Märkte öffnen, und sie können sich dabei auf ein wachsendes Interesse bei jüngeren Leuten an diesem ganzen alternativökonomischen Bereich stützen. Hier wächst eine ganz neue Käuferschicht.

In der ganzen Diskussion muß noch ein Element mitbedacht werden: da ist eine alternative Bankengründung im Gespräch. Die Ökobank, die sich in einer ganz konkreten Vorbereitungsphase befindet, ist auf der Projektmesse gewissermaßen als das wichtigste Projekt und das wichtigste Ziel definiert worden. Es wird nicht mehr lange dauern, dann wird der Verein der Freunde und Förderer der Ökobank nach Aussagen von Experten in der Lage sein, über dezentrale Geschäftsstellen den Bankenbetrieb aufzunehmen. Mit anderen Worten: es existiert nicht nur eine Selbstverwaltungswirtschaft in einem teilweisen noch zerbrechlichen Sinne, es entstehen konkrete Vorstellungen darüber, wie dieser Bereich finanziert werden kann - vorbei an den etablierten Institutionen. Das Stammkapital soll sechs Millionen betragen. Und auch hier appelliert man wieder an das politische Bewußtsein der

sozialen Bewegung, nämlich, daß es sinnvoller ist, eine Mark bei dieser genossenschaftlich zu führenden Ökobank anzulegen, als es beispielsweise zu einem Bankinstitut zu bringen, das in Südafrika investiert beziehungsweise irgendwo in einem Rüstungsvorhaben.

PPP: Was raten Sie der SPD?

Rüdiger Reitz: Also zunächst mal müssen wir uns in die Diskussion der Genossenschaftsidee einschalten. Wir haben eine reiche Tradition in der Verwirklichung dieser Idee und wir müssen uns fragen, ob wir jetzt wirtschaftspolitisch gesehen nicht den kleineren und mittleren Unternehmensbereich sehr viel stärker fördern müssen. Nicht nur über die traditionellen Programme, sondern unter Einschluß von Modellen und Projekten, die Pilotfunktion haben, Lernbeispiele für die Partei, welche Möglichkeiten in dem Genossenschaftsgedanken heute stecken. Vor allem muß das Genossenschaftsrecht novelliert werden, damit es für diese selbstverwalteten Betriebe überhaupt ein handhabbares Instrument wird. Mit anderen Worten: Die SPD muß aufpassen, daß ihr nicht in dem Bereich der politischen Kultur, einer anderen Arbeitsorganisation Stichwort chefloser Betrieb - der Boden unter den Füßen weggezogen wird von gesellschaftlichen Gruppen, die sich den Grünen sehr viel näher fühlen als uns. Eine der wichtigsten Aufgaben der SPD wird auch darin bestehen, die Gewerkschaften an den Selbstverwaltungsgedanken heranzuführen, so daß ein differenziertes Bild entsteht. Die Formel Kapitalismus plus Nischenwirtschaft als eine mögliche Orientierung kann so nicht stehen bleiben. Es handelt sich längst nicht mehr um Nischen, sondern es ist eine Schattenwirtschaft, die aus ihrem Schatten herausgetreten ist. Die Gewerkschaften sollten dafür interessiert werden zu prüfen, wie sie auch im Bereich der Wirtschaftsförderung und der Kreditförderung diesen Betrieben helfen können.

PPP: Es ist aber nicht so, daß diese ganze Bewegung den Grünen so als reifer Apfel in den Schoß fällt?

Rüdiger Reitz: Ich kann da nur als Beispiel jemand aus einer Arbeiterselbsthilfe in Frankfurt nennen, der kein Grüner ist, der aber der SPD kritisch gegenübersteht. Er ist bereit zur Zusammenarbeit. Wichtig ist, daß die SPD kapiert, wer in den Arbeitsloseninitiativen und in dieser, nennen wir es mal so, Selbsthilfebewegung als Hoffnungsträger betrachtet wird. Hier wird sich für die SPD sehr viel entscheiden. Ich habe den Eindruck, daß es noch Zeit ist, sich einzuschalten. Auf gar keinen Fall sollte aber der Versuch unternommen werden, sich unter taktischen Gesichtspunkten dieser Herausforderung zu nähern.

Interviewer: Klaus Vater

Aus Wandelsblatt Nr. 1, Oktober 1984, Seite 6

Druckerinfo oder Branchenteil im "Wandelsblatt"?

Bei den "Wintertagen" in Berlin im Januar wurde von den ca. 40 anwesenden Mitarbeitern grafischer Betriebe die Gründung eines eigenen Diskussionsblattes beschlossen. Es sollte ausdrücklich neben und unabhängig von einer ebenfalls geplanten branchenübergreifenden Kollektivzeitschrift erscheinen.

Das Druckerinfo hat es bisher auf zwei Ausgaben gebracht. Die erste kam aus Berlin, die zweite aus der HINTERHOF-Druckerei Hamburg, die dritte wollte die Werkstatt für Druck und Grafik in Osnabrück herstellen. Doch es sind dort keine Artikel eingegangen.

Nun wurde auf der PROJEKTEMESSE von einer kleinen Schar Daueraktiver beschlossen, einen weiteren Versuch einer allgemeinen Kollektivzeitung zu machen. Das Druckerinfo soll darin als Branchenteil weitergeführt werden - vorausgesetzt, "Ihr" macht mit.

Der Beschluß dazu ist alles andere als demokratisch zustande gekommen. Denn bei der Projektemesse gab es kein vorbereitetes Branchentreffen grafischer Betriebe, sondern nur ein kurzfristig angesetztes Treffen, bei dem die Fortsetzung des Druckerinfos als Branchenteil im "Wandelsblatt" von mir vorgeschlagen wurde.

Inzwischen haben die Kollegen in Osnabrück sich bereit erklärt, die nächste Ausgabe der Branchenseite im "Wandelsblatt" zu gestalten. Artikel und Kleinanzeigen sind also direkt an sie zu senden bis etwa 15.10.

Ihre Adresse:

Werkstatt für Druck u. Grafik, Lotterstr. 63, 45 Osnabrück

Tel: 0541-43 36 47

Und wer möchte die Ausgabe für Dezember machen?

Bei den nächsten WINTERTAGEN Ende Januar 85 werden wir dann hoffentlich die Gelegenheit haben, die verschiedenen Konzeptionen gemeinsam zu diskutieren und aufgrund der vorliegenden Erfahrungen

dauerhaftere Entscheidungen treffen.

Diese Ausgabe der Branchenseite habe ich aus Zeitgründen zusammengestellt, verarbeitet und layoutet. Ich bitte mir Fehler nicht allzu übel zu nehmen.

Constantin Bartning (oktoberdruck/Berlin)

Na ja, n' bißchen haben wir ihm geholfen.

A., H. + I. (Süz. + Korrektöse)

Aber wirklich nur ein bißchen.

Aus Wandelsblatt Nr. 1, Oktober 1984

Ein Markenzeichen für Kollektivarbeit?

Schnell erkennen

Beim Militär und beim Adel heißt es Wappen. Die Industrie nennt es Markenzeichen oder Gütesiegel. Die Funktion ist immer die gleiche: Schnelles Erkennen der Zugehörigkeit, wo sonst eine Unterscheidung nicht nach äußeren Merkmalen möglich wäre.

Die Woll- und Lederindustrie schufen sich Gütesiegel, als die Kunstfasern und Folien von echter Wolle oder Leder nicht mehr für den Laien unterscheidbar waren.

Stehen die traditionellen Markenzeichen für die tatsächliche oder vermeintliche stoffliche Qualität (auch Perfektion, Zuverlässigkeit, Ausgereiftheit) eines Produktes, so deutet sich schon mit dem Markenzeichen für Umweltschutzpapier eine andere Entwicklung an: gefragt ist die Umweltverträglichkeit des Produktionsprozesses des Produkts. Dafür sind die Käufer z.Z. sogar noch bereit, gravierende Nachteile der stofflichen Eigenschaften in Kauf zu nehmen.

Gibt es alternative Produkte?

Die alternative oder kollektive Szene hat in den letzten 15 Jahren eine Vorreiterrolle bei etlichen Produkten gespielt. Vor den großen Verlagen entdeckten Kleinverlage die neue und alte "linke" Literatur. Bei der Frauen- und Umweltliteratur war es ebenso. Jede Neuentwicklung war der Start für eine ganze Reihe kleiner Betriebe. Auch Müsli, Biobrot, naturfarben gefärbte Wolle, Umweltschutzpapier begannen ihren Markteinstieg in alternativen Kleinbetrieben.

Doch überall sind inzwischen die großen kapitalistischen Verlage, Großbäckereien, Kaufhäuser nachgezogen und haben mit Markt/Vertriebsmacht, reichlich Kapital und teilweise auch besserer Qualität den neuen Markt weitgehend übernommen. Verlage ebenso wie Biobäcker bekamen diese Entwicklung teilweise als massive Umsatz- und Ertragsverluste zu spüren.

Interesse an Abgrenzung und Erkennbarkeit

Gleichzeitig wächst das öffentliche Interesse für "alternative Produkte" und

"alternative Produktion" und damit auch die kaufkräftige Nachfrage.

Das einzige dauerhafte Unterscheidungsmerkmal sind dabei die sozialen Bedingungen, unter denen unsere Produkte entstehen (und die mit Streit und Fluktuation enorme Entwicklungskosten verschlingen).

Wenn auch noch meist schlecht definiert und unscharf, so sind wir doch dabei, soziale Produktionsbedingungen zu entwickeln, die von kapitalistischen Betrieben nur unter Aufgabe von Profitinteressen und Privateigentum übernommen werden könnten:

Unser gemeinsames Eigentum an den Betrieben ist an die Mitarbeit gebunden und nicht erblich oder veräußerbar. Es ist damit kein Privateigentum an Produktionsmitteln mehr, sondern ein Produktiveigentum.

Und auch wenn viele Kollektivist*innen immer noch ihre Arbeitskraft als Lohnarbeiter an ihr gemeinsames kollektives Kapital verkaufen, so richtet sich doch der kollektive Lohn letztlich nach dem kollektiv erwirtschafteten Arbeitsertrag, während die Produktion von Profit für den betrieblichen Alltag und die Existenz völlig unerheblich ist.

Produktiveigentum statt Privateigentum, kollektiv-selbständige Arbeit statt lohnabhängiger Arbeit und damit einhergehende kollektive Entscheidung über die Produktion sind von kapitalistischen Betrieben nicht übernehmbar. Sie könnten damit für uns zu einem dauerhaft sicheren Unterscheidungsmerkmal werden, durch welches sich auch unsere Produkte unnachahmlich unterscheiden, wenn es uns gelingt, diese sozialen Bedingungen auch im Bewußtsein der Käufer als eine wesentliche Eigenschaft unserer Produkte (und Dienstleistungen) zu verankern.

Derzeit noch Wirrwarr!

Erkennbarkeit ist aber derzeit kaum gegeben. Schlägt man z.B. verschiedene Stattdbücher auf, so ist dort beispielsweise bei grafischen Betrieben eine bunte Sammlung von ganz normalen Kleinbetrieben, die z.T. schon seit Jahren am linken Markt verdienen und tatsächlichen Kollektiven genannt.

Etliche dieser Klein- und Mittelbetriebe werden von Leuten mit Scene-Vergangenheit betrieben, die dementsprechend die gleiche Sprache sprechen wie viele ihrer Kunden. Gerade weil diese Betriebe aber nicht die hohen Kosten sozialer Neuentwicklung haben, können sie oft viel schneller wachsen und bedrohen damit z.T. die Entwicklung kollektiver Betriebe.

Ein erheblicher Teil der Aufträge von den Grünen z.B. geht in solche Betriebe, die alternative Entwicklung absahnen, ohne daran teilzunehmen. Dabei kann man davon ausgehen, daß der überwiegende Teil der grünen Wähler und Mitglieder durchaus an einer gezielten Vergabe an kollektiv-geführte Betriebe interessiert ist.

Und so, wie es für einige Verlage bereits heute wirtschaftlich sinnvoll erscheint, als

zusätzliches Verkaufsargument ihre Bücher auf Recycling- oder Umweltschutzpapier zu drucken (z.B. die Reihe : Fischer-Alternativ), so könnte es auch ein zusätzliches Verkaufsargument werden, die Bücher bei kollektiven Druckereien statt z. B. bei der Fuldaer Verlagsanstalt zu drucken (wobei allerdings noch einige Qualitäts- und Finanzierungsprobleme gelöst werden müßten).

Übersichtliche Kennzeichnung kollektiver Produktion?

Aus dem Blickwinkel der Konkurrenz, des Schutzes unseres Marktes spricht einiges dafür, ein Markenzeichen für Produkte aus kollektiver Produktion zu schaffen.

Bei der Frage der Realisierung tauchen natürlich reichlich Probleme auf, die bei einem Treffen während der Projektmesse über diese Frage nur andiskutiert werden konnten. Ich will einige in der Folge aufzählen:

1. Definition: Was ist ein Kollektivbetrieb? Versuchen wir, eine möglichst eindeutige (auch juristische) Definition zu finden, die jedem Betrieb, der diese erfüllt, das Recht gibt, das Zeichen zu führen, oder entscheiden letztlich die Eigentümer des Zeichens - ein zu gründender Verein "Kollektives Markenzeichen" - darüber, wer es - nach Überprüfung führen darf?
2. Wie hoch muß der Wertschöpfungsanteil kollektiver Arbeit an einem Produkt sein, damit es als "Kollektiv-Produkt" gekennzeichnet werden darf?
3. Brauchen wir eine aufwendige Organisation und Verwaltung, um ein solches Markenzeichen propagieren und schützen zu können?
4. Welche sonstigen Qualitätsmerkmale außer kollektiver Produktion müssen beachtet werden, z.B. wie umweltfreundlich muß der Produktionsprozeß der Betriebe sein und wie gut die Qualität und die Pünktlichkeit auch nach den ganz normalen Anforderungen? denn letztlich wäre es Unsinn, ein solches Zeichen mit erheblichem Werbeaufwand zu fördern, wenn es innerhalb kurzer Zeit mit dem verbreiteten Ruf alternativer Produktion verbunden ist: schlampig und unzuverlässig.

Constantin Bartning

Wahrscheinlich wird es noch vor den Wintertagen im Spätherbst für die Markenzeichendiskussion ein überregionales Treffen geben. Bitte meldet Euch daher, wenn Ihr an einem solchen teilnehmen wollt.

Kleinanzeigen

Agitdruck sucht Plattenkopiergerät. Nutzformat mindestens 510 x 640.

Für das Druckereiprojekt Systema Venceremos in Nicaragua wird gesucht:
Drahtheftmaschine, elektrisch; IBM Composer 82, Schneidemaschine mit Lufttisch
und Lichtschranken ab 72 cm Schnittbreite.

Angebote an: Agitdruck, Ahornstr. 26, 1000 Berlin 41, Tel: (030) 791 80 05

Aus Wandelsblatt Nr. 1 (Oktober 1984, Seite 6)

UWS-Papier: Ja, aber wie? (1)

Fragen an die Umweltschutzpapier-Händler und Produzenten vom Standpunkt des Druckes.

Wir könnten viel mehr Umweltschutzpapier verkaufen, wenn die Auswahl und Qualität besser wäre. Bisher ist die Qualität des echten Umweltschutzpapiers fast eine Diskriminierung des Recycling und Umweltschutzgedanken: Grau und minderer Qualität.

Warum hat Euer Umweltschutzpapier eine so schlechte Qualität? Eine bessere Oberflächenleimung ist doch z.B. unter Umweltschutzgedanken völlig unbedenklich, würde aber eine bessere Druckqualität erlauben.

Warum gibt es nicht auch gestrichene Umweltschutzpapiere? Die Strichmasse besteht normalerweise aus Ton oder Kreide und hilft sogar etwas Zellulose einsparen. Für viele Aufträge mit Illustrationen brauchen wir gestrichene Papiere.

Warum gibt es kein Werkdruckpapier aus Altpapier? Für Bücher brauchen wir mehr Volumen?

Warum wird Euer Umweltschutzpapier nicht aus holzfreien Altpapieren gewonnen, obwohl diese in vielen papierverarbeitenden Betrieben gesondert gesammelt werden?

Constantin Bartning

Aus Wandelsblatt Nr. 1 (Oktober 1984, Seite 6)

UWS-Papier: Ja, aber wie? (2)

Dies ist kein Plädoyer für Umweltschutzpapier, sondern eine Forderung an die Druckereien, sich mit ihrem ökologischem Anspruch auseinanderzusetzen.

Die Autoren arbeiten bei ap-druck in Augsburg und verarbeiten dort überwiegend UWS-Papier.

Etliche Vorurteile gegenüber Umweltschutzpapier kommen unserer Erfahrung nach noch aus der Zeit 81/82 als die Firma STÖCKLIN anfang, grafische Papiere in die BRD zu liefern. Da diese Fabrik bis dahin nur Kartonagen herstellte und weder die Erfahrung noch die entsprechende Ausrüstung zur Herstellung qualifizierter grafischer Papiere hatte, die Marktchancen noch unklar waren, bestand keine Bereitschaft, sofort dafür zu investieren. Dies führte zwangsläufig zu dem Teufelskreis, daß wegen unzureichender Qualität des Papiers der Markt auf ideell an Umweltschutz interessierte Kunden und Druckereien beschränkt blieb. Aus diesem Grunde schlossen sich in der BRD mehrere Großabnehmer zusammen, um durch Abnahmegarantie Druck auf die Papierfabrik ausüben zu können. Diese Tatsache führte bei der Firma Stöcklin leider zu der Einsicht, keine grafischen Papiere mehr herzustellen. In etwa die gleiche Entwicklung gab es mit der Schweizer Firmer LAAGER, die danach die Produktion übernahm.

Heute stellt die Papierfabrik LEINEFELDER in der Nähe von Augsburg ein Umweltschutzpapier her, daß den genau definierten ökologischen Kriterien des inzwischen gegründeten VUP-VERBUNDES (Verbund selbstverwalteter Betriebe für Umweltschutzpapier) entspricht. Aber ökologische Kriterien sind keine drucktechnischen Kriterien.

Probleme der Druckereien:

Im Einzelnen: Stauben durch fehlende Oberflächenleimung, schlechte Planlage durch falsche Stapelfeuchte, Fremdkörper und Kleberrückstände im Papier, mangelhafte Ausrüstung in Bezug auf Glätte, Format, Rollenwicklung, wechselnde Eigenschaften der einzelnen Papierpartien, unterschiedlich dunkler Grauton.

Die meisten dieser Probleme sind zwischenzeitlich behoben und es laufen Bestrebungen das Papier weiter zu verbessern.

Aber zwei Probleme sind geblieben, die diskutiert werden müssen: Zum einen das

Stauben. Abhilfe gäbe hier eine Oberflächenleimung oder Streichen des Papiers mit Strichmasse. Eventuell könnte auch eine gezieltere Auswahl des verwendeten Altpapiers helfen. Dies wird z.Z. noch aufgrund des höheren Kostenaufwandes, der fehlenden technischen Ausrüstung der Fabrik und der Inkompetenz des Großhändlers nicht geändert.

Zum Anderen der Grauton: Abhilfe gäbe es hier durch ein Entfärben (Deinking) des Rohstoffes. Dies führt jedoch zu einer absolut überflüssigen Umweltbelastung. Es sollte daher eine produktbezogene Beratung der Kunden vorgezogen werden. Ebenso gibt es sicherlich noch Möglichkeiten, sich technisch auf den Grauton einzustellen, wie z.B. in der Rastertechnik - gerade mit Scannern - und in der Auswahl der Farben. Diese Entwicklung hat noch nicht begonnen, doch es wird höchste Zeit, daß damit angefangen wird.

Unsere Erfahrungen

und Methoden beim Drucken von UWS-Papier: Wir haben bis heute ca. 100t UWS-Papier als Formatpapier, Rollenpapier, Kuverts, in allen möglichen Flächengewichten verarbeitet. Wir haben auch keine bahnbrechenden Erkenntnisse zum Bedrucken dieses Papiers. Wir stellen uns darauf ein, indem wir die Druckfarben mit Zusätzen (Rupfpaste / Reduxpaste) auf das nötige Maß verdünnen. Dies führt natürlich zu Problemen bei der Trocknung, Punktschärfe, Deckung.

Wir stellen uns auch mit unserer Rastertechnik darauf ein: Wir nehmen keine feineren Raster als 34 Linien/cm, quadratische Punktstruktur (härtere und damit etwas kontrastreichere Übergänge), und gleichen Punktverbreiterung und Zusetzen durch extremes Offenhalten von Tiefen aus. In den Lichtern versuchen wir den Grauwert des Papiers durch Wegfall des Lichterpunktes zu integrieren.

Weitere Möglichkeiten sind: Die Verwendung von hochpigmentierten Farben. Sie gewährleisten auch bei stärkerer Verdünnung noch eine einigermaßen vernünftige Deckung und Farbführung. Verwendung von QR-Gummitüchern mit antistatischer Oberfläche. Reduzierung der Laufgeschwindigkeit und häufiges Gummituchwaschen.

Gerade die letzten beiden »Möglichkeiten« führen dazu, daß die Kalkulationen nicht mehr stimmen. Dies ist uns auch bewußt, doch wir lehnen das Papier daher nicht einfach ab, sondern versuchen durch Zusammenarbeit mit der Papierfabrik die Qualität zu verbessern und uns in die drucktechnischeo Möglichkeiten einzuarbeiten.

Perspektiven:

Ziel muß es unserer Meinung nach sein, möglichst schnell ein Umweltschutzpapier herzustellen, das sowohl in die Maschinen als auch in die Kalkulation paßt. Denn wir meinen, daß ein "Kopromißpapier" mit großer Verbreitung ökologischer ist, als ein »Idealistenpapier« mit geringer Verbreitung.

Vielleicht sollten wir darüber ein Seminar mit qualifizierten Leuten aus der Papierherstellung veranstalten. Wer Interesse hat sollte uns schreiben!

Doch Papier ist nicht alles:

Unser ökologischer Anspruch muß sich genauso auf die Verbrauchsmaterialien beziehen. Es ist notwendig, sich zusammenzuschließen, um Erfahrungen auszutauschen, chemische Analysen machen zu lassen (gemeinsam finanziert), um gemeinsam Druck auf Hersteller n ausüben zu können. (s. auch die Bemühungen von Schwarzwurzeldruck in Heidelberg um ungiftige Walzenwaschmittel und Gummituchreiniger - Druckerinfo 1 und 2. d.S.). Dazu ein abschreckendes Beispiel aus unserer Gegend: Ende August brannte eine Druckerei aus, als ausgeflossenes hochbrennbares Walzenwaschmittel durch ein Folienschweißgerät in Brand geriet - dabei starben zwei Leute!

Helmut und Anne

Unsere Adresse:

ap-druck

Riedingstr. 24, Geb. F 16b, 89 AUGSBURG

Tel: 0821- 41 48 80

Aus Wandelsblatt Nr. 1 (Oktober 1984, Seite 6)

Bericht zum Druckertreffen auf der Projektmesse '84 in Oberursel

“Umweltschutzpapier - eine Notwendigkeit mehr denn je“

Nachdem mit dem Aufkommen des Öko-Booms auch das Umweltschutzpapier(UWS-Papier) durch den verstärkten Einsatz von alternativen Betrieben, Idealisten und Bürgerinitiativen Verbreitung gefunden hat, beteiligen sich inzwischen auch alle namhaften bürgerlichen Schreibpapierartikelhersteller wie Herlitz, Brunnen, Landrè, Zweckform ... mit ihrem Recyclingpapier an diesem lukrativen Geschäft.

Einmal gibt es Unterschiede im Papier, zum anderen in der Betriebsstruktur.

Wir vom **vup - Verbund selbstverwalteter Betriebe für Umweltschutz** - liefern Papier, das mindestens den Kriterien des bisherigen ap-Original UWS-Papiers entspricht:

- ☞ Einsatz von 100% Altpapier aus Haus- und Industrieabfällen
- ☞ Keine Entfärbung (Deinking), Bleichung oder Färbung
- ☞ Mechanische Altpapieraufbereitung , möglichst ohne Faserverkürzung
- ☞ Leimung nur mit Naturharzen
- ☞ Ökologischer Wasserhaushalt durch geringen Frischwasserzusatz (max. 5l/kg Fertigpapier) und weitestgehende Klärung der geringen Abwässer
- ☞ Geringer Energieverbrauch durch technische Neuerungen, z.B. Wärmerückgewinnung.

Die bekannten Recyclingpapiere erfüllen unseres Wissens nach nicht diese Kriterien.

Leider haben wir gerade bei linken Druckereien die Erfahrung gemacht, daß sie sich mit dem Einsatz von UWS-Papier ziemlich schwer tun. Den Argumenten der Rohstoff- und Energieeinsparung stimmen sie zwar meistens zu, aber ansonsten haben sie nur Probleme damit. Entweder ist es ihnen zu teuer, die Kunden wollen es nicht oder es läuft nicht gut und effektiv genug durch die teilweise Hochleistungsdruckmaschinen. Was mir dazu einfällt, ist das mangelnde Engagement für das ökologisch sinnvolle Produkt. Der Kunde, der das Papier unter „ferner liefern“ mit unlustigem Gesicht angeboten bekommt, nimmt natürlich strahlend weiß oder farbig, egal, ob er ein Flugblatt, eine „Kurzzeitbroschüre“ oder ein Buch drucken lassen will.

Beim Bedrucken von UWS-Papier treten sicherlich Probleme auf (Stauben, Rupfen, Stopper), aber mit einiger Übung und mit Ausprobieren lassen sich auf fast jeder Druckmaschine passable Drucke, auch mehrfarbig erzielen. (Bei Nachfragen: Chris von der ASH-Druckerei, 06171/78081).

UWS-Papier ist kein Papier für Druck mit höchsten Ansprüchen, sondern ein einfaches Gebrauchsprodukt für Schreibpapier, Broschüren, Flugblätter, Infos, auch Bücher, Kalender, Geschenkpapier, Briefumschläge, Kopierpapier, also schon mit vielfältigen Einsatzmöglichkeiten.

Es ist auch an den Druckern, denke ich, ihren Kunden das Weiß- und Rein-Denken auszutreiben und den verstärkten Einsatz von UWS-Papier zu unterstützen und zu propagieren, ja, auch zu ihrer Sache zu machen. Ökologisch sinnvolle Produkte und Produktion sind für mich untrennbar verbunden mit der betrieblichen Selbstverwaltung, jedenfalls, wo es heute schon realistisch möglich ist.

Dabei kommt es mir nicht darauf an, möglichst viel mit UWS-Papier zu machen, egal was und in welcher Menge. Es muß sinnvoll bleiben. Der beste Umweltschutz ist immer noch, die Papierflut einzudämmen. Das sollte auch jeder bei Produktion und Druck nicht aus den Augen verlieren.

Jens-R. Boy,

WuP-Hamburg im vup-Verbund

Hamburg, den 16.9.84

Aus Wandelsblatt Nr. 1 Oktober 1984, Seite 7

Versicherungsvermittlung

- kollektiv, aktiv, informativ

Versicherungen zu verkaufen ist etwas anderes, als eine Reise zu buchen. Von daher hielten wir es für wichtig, ein Kommunikationsmittel zwischen uns als Betrieb und den Menschen, die sich über uns versichert haben, zu finden. Über uns zu informieren, über wichtige Versicherungsinformationen und auch andere Dinge, gehört mit zu unseren Ansprüchen. Diesen Teil versuchen wir, über unsere Rundbriefe zu realisieren.

Liebe Annelore, lieber Walter, liebe Heike, lieber Hans-Peter!

Liebe Frau Weber, liebe Netzwerker/Netzwerkerinnen ! Liebe/r.....

Die Resonanz auf unseren ersten Rundbrief im vergangenen Herbst hat uns ermutigt, so weiterzumachen. "So bleiben wir wenigstens über räumliche Distanz noch in Verbindung" oder "Schön zu hören, wie's Euch denn so geht" waren die überwiegenden Reaktionen.

Da wir im Laden leider oftmals nicht mehr die Zeit finden, uns mit Euch noch über dieses oder jenes auszutauschen, sind diese Rundbriefe auch für uns ein wichtiges Kommunikationsmittel geworden. Wir freuen uns zwar über jeden Besuch, trinken gerne "nur" einen Tee mit Euch, richtig entspannend ist das dann schon, aber unser Arbeitsalltag sieht bereits so aus, daß immer weniger Zeit dafür noch bleibt.

Mittlerweile gibt es uns als selbstverwalteten Betrieb jetzt gute 18 Monate, und wir wollen Euch mal wieder nicht unwissend lassen, "wie's denn läuft". Nach dieser unserer Einschätzung dazu werden wir nämlich sehr oft gefragt. In erster Linie gingen Eure Fragen bisher in folgende Richtung:

- ☞ Ob wir schon davon leben können.
- ☞ Ob sich bereits abzeichnet, daß sich Überschüsse an politische und kulturelle Initiativen verteilen lassen, so wie wir uns das vorgenommen haben.
- ☞ Ob die jetzige Situation unseren Erwartungen und Vorstellungen entspricht.
- ☞ Wie unsere Arbeitssituation, unser Verhältnis zueinander aussieht.
- ☞ Welchen Bekanntheitsgrad wir schon haben, wieviele sich bis jetzt über unseren Laden versichert haben und wie wir mit unseren Kunden zufrieden sind.
- ☞ Was wir eigentlich täglich so machen.

Finanziell sieht es bei uns so aus, daß wir jedem von uns im Durchschnitt in unserem ersten Geschäftsjahr DM 1.260,- (brutto) mtl. auszahlen konnten. Das verfügbare

Geld wurde nach dem Bedarf des Einzelnen von uns, nach einem festen Einheitssockel und nach dem anteiligen Arbeitseinsatz verteilt. Das konnten wir u.a. deswegen realisieren, weil wir unsere Bürokosten so gering wie möglich halten und im letzten Jahr die Darlehen für die Geschäftsgründung erst zu einem Viertel zurückgezahlt hatten. Das haben wir aber auch so eingeschätzt und kalkuliert. Zum Teil haben wir noch andere Einkünfte aus anderen Tätigkeiten (z.B. Erwachsenenbildungsseminare). Somit ist unser Existenzminimum abgesichert.

Es sieht also nicht so aus, daß sich alsbald Überschüsse an politische und kulturelle Initiativen und Projekte verteilen lassen. Dazu müßten noch mehr über uns versichert sein. Unsere Kalkulation beruht eben darauf, daß wir preisgünstige Versicherungen vermitteln, entsprechend geringere Provisionen erhalten, aber die Menge es halt doch wieder machen soll.

Trotzdem haben sich unsere Anfangserwartungen übertroffen. Ihr macht jetzt insgesamt über 1.800 derer aus, die sich als einzelne, Projekte, Initiativen oder Betriebe über uns bereits versichert haben.

Zunehmend bekommen wir Anfragen von Initiativen, Projekten und Betrieben aus dem gesamten Bundesgebiet, was auch aus unserer Arbeit mit den einzelnen Netzwerken herrührt. Um diese Projekte zu unterstützen, bieten wir im Rahmen der Netzwerke, Stadtwerke und Branchentreffen Seminare zu Versicherungsproblemen an, weil wir meinen, daß selbstverwaltete Betriebe auf allen Ebenen, also auch auf dieser speziellen, unterstützt werden müssen. Darüber hinaus ist es auch für uns interessant, Leute aus anderen Arbeitszusammenhängen kennenzulernen und Erfahrungen auszutauschen - und das ist etwas, was unserer Arbeit einen wichtigen Sinn gibt. Wir sind nämlich für etwas da, worüber sich Projekte auch auseinandersetzen müssen, nämlich für Versicherungen. Dadurch erfahren wir viel voneinander und können dies weitergeben, so u.a. unseren Beitrag zur Vernetzung leisten.

Auch für Bremen und umzu planen wir ein solches Seminar; voraussichtlich wird es im Spätherbst '84 stattfinden. Wann und wo, werden wir den Projekten noch rechtzeitig mitteilen. Für Anregungen und Vorschläge sind wir natürlich dankbar.

Aufgrund Eures großen Zuspruches konnten wir unseren Vorstellungen von unserem Laden (Selbstverwaltung und das Umgehen mit Versicherungen - "wir raten ab, wir raten zu") treu bleiben.

Uns persönlich geht es dabei relativ gut, auch wenn der Laden eine ganze Menge Energie des Einzelnen beansprucht, was auch schon zu Problemen sowohl innerhalb des Ladens als auch innerhalb der Lebensbeziehungen führt. An der gemeinsamen Bewältigung dieser Probleme müssen wir noch weiter arbeiten - Selbstverwaltung ist halt schwierig: Wir sind fünf Individuen mit unterschiedlichen Interessen, Neigungen, Fähigkeiten und Qualifikationen. Wir haben bisher eine Menge Erfahrungen gesammelt und auch wenn es mit der Kritikfähigkeit nicht immer so geklappt hat, so sind wir unserem Ziel, nämlich menschlich, kollegial und solidarisch miteinander

umzugehen, einen Schritt näher gekommen. Den Laden zu machen, ist, wie es die TAZ'ler über sich selber schreiben, "ein Lehrstück an Intensität. Selbst die nächtlichen Träume und Wahnvorstellungen bleiben davon nicht verschont."

Weiter sind wir mit der Umsetzung unserer Qualifikationsansprüche gekommen - aber daß jeder gleich alles kann und macht, das ist und bleibt Utopie, die wahrscheinlich sinnvollerweise auch gar nicht versucht werden sollte. Wir haben für jeden Bereich unsere Verantwortlichen, unsere "Spezialisten", die auf dem laufenden sind, sich auskennen, und die dafür Sorge tragen, daß andere in diesen Bereichen eingearbeitet werden bzw. sich einarbeiten und qualifizieren. Der Spezialist versucht, sich ersetzbar zu machen. Für jeden von uns Fünfen ist es ja auch wichtig, kompetente Kollegen zu haben, damit bestimmte Positionen auch in Frage gestellt werden können.

Bisher haben wir unsere Bürobesprechungen immer zusätzlich dienstags nach Büroschluß gemacht, was ziemlich anstrengend und manchmal auch richtig nervig wurde. Bis 23.00 Uhr war keine Seltenheit. Da wir der Meinung sind, daß gemeinsame Besprechungen zu einem Kollektivbetrieb dazugehören und auch Arbeit sind, haben wir seit März diese Besprechungen auf jeweils mittwochs 9-13 Uhr gelegt, d.h. mittwochs vormittags haben wir richtig geschlossen. Wir hoffen, daß Ihr alle dieses akzeptiert. In ganz dringenden Fällen bitte eine Nachricht mit Tel.-Nr. im Briefkasten oder auf unserem dadurch nötig gewordenen Anrufbeantworter hinterlassen. Wir melden uns dann sofort.

Ansonsten wie bisher: Mo.-Fr. 9 bis 18 Uhr durchgehend (außer Mi. vorm.) Mi 13-18 Uhr; samstags 10 bis 13 Uhr.

Für Hamburger: Jeden 1. Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr im Netzwerkbüro, Gaußstraße 17 (im Werkhof), 2000 Hamburg 50, Tel. 040 - 395151 (bitte vorher dort anmelden).

So und nun noch in Kürze einige wichtige Versicherungsinformationen:

Die Hausrat-Versicherungsbedingungen ändern sich - so stand es groß in allen Zeitungen. Bis jetzt haben sich aber weder in bezug auf Glasbruch noch auf Fahrraddiebstahl die Bedingungen und Prämien bei den meisten Versicherungsunternehmen geändert.

Glasbruch und Fahrraddiebstähle sind also immer noch in der Regel versicherbar. Zudem gelten für alle bestehenden Verträge die gesamte Laufzeit über die bei Abschluß gültigen Bedingungen. Die Versicherungsgesellschaften dürfen von sich aus ohne Eure Zustimmung nichts ändern.

Die Kfz-Teilkasko-Versicherung gibt es ja seit dem 1.1.84 in zwei Varianten. Eine ohne jegliche Selbstbeteiligung (auch nicht mehr für Glasbruch und Wildschäden) und eine mit einer generellen Selbstbeteiligung von DM 300,- pro Jahr. Diese letztere ist etwas billiger geworden; als Anreiz für den Kunden, aber mehr noch lohnt es sich für die Vers. Gesellschaften, belastet doch die große Anzahl von sog. Bagatellschäden sie nicht mehr. Was nun tatsächlich das günstigste und beste ist, muß im Einzelfall

geprüft werden.

Bei allen Versicherungsarten geht es um Versicherungssummen, Deckungssummen, u.ä.
- Bitte schaut in Euren Unterlagen nach, ob der vereinbarte Umfang von damals immer noch ausreicht (z.B. die Hausratvers.-Summe, die Geschäftsinhalts-Summe nach der letzten Inventur und, und, und). Unterversichert sein heißt "sparen" am falschen Platz.

Wer bisher glaubte, wenn er 5 Jahre in die Rentenversicherung (BfA, LVA) eingezahlt hatte, daß er dann auch Anspruch auf Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente für den Fall hat, daß ihm jetzt etwas zustoßen sollte, sieht sich getäuscht. "Unsere" Regierung hat diese bisher erworbenen Ansprüche für viele von uns einfach gekappt. Wer in den letzten 5 Jahren nicht 3 Jahre davon eingezahlt hat, geht nun leer aus, es sei denn, er zahlt den freiwilligen Mindestbeitrag von z.Zt. mtl. 84.-- DM.

Wen es von Euch trifft und in welcher Form, könnt Ihr mit uns besprechen. Als wesentlich günstigere Alternative haben wir nämlich eine private Berufsunfähigkeits-Renten-Versicherung anzubieten. Ein 30jähriger Mann zahlt z.B. mtl. DM 40,40 für eine Berufsunfähigkeits-Rentenzahlung in Höhe von 1.000 DM mtl. bis ggf. zum 60. Lebensjahr (diese Rente dynamisiert sich im Leistungsfall noch). DM 80,80 - für 2.000 DM Monatsrente usw. Vollen Versicherungsschutz ab Beginn, monatlich wieder kündbar.

Wer die "Buten und Binnen"-Sendung über das Bremer Amtsgerichtsurteil in bezug auf langjährige Versicherungsverträge gesehen hat, weiß ja Bescheid. Für alle anderen an dieser Stelle nur soviel: Karlsruhe wird nun entscheiden müssen, ob 10-Jahresverträge zulässig sind. Wer also noch einen früher woanders abgeschlossenen ungünstigen 10-Jahresvertrag hat und dort raus will, sollte nur noch unter Vorbehalt weiterzahlen.

Wir melden uns in dieser Form bei Euch wieder, wenn eine aktualisierte Neufassung angesagt ist, bzw. wenn etwas ganz wichtiges ansteht. Meldet Ihr Euch aber doch auch mit Euren Anregungen, Kritiken und Vorschlägen.

Versicherungsvermittlung, Iske und Kollegen OHG, Wulwestraße 25, 2800 Bremen, Tel. 72093/94

Energieläden:

Auf zum Branchentreffen - Es geht voran

DEMNÄCHST VERBAND "bau und energie"?

Dieses Jahr war die Projektmesse branchenmäßig organisiert, d.h. es gab nicht mehr die Unüberschaubarkeit vieler Einzelstände, sondern große Gemeinschaftsausstellungen. Eine der Branchen, die dies auch schon letztes Jahr so gemacht haben, sind wir - die Energiegruppen.

Seit einigen Jahren treffen wir uns mindestens zweimal im Jahr, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Einkäufe zu organisieren. Bisher gehören zu unserem Kreis:

Sanfte Energie GmbH, 3257 Springe-Eldagsen, Tel. 05044/3 80 - Energieladen Kassel, Zentgrafenstr. 146, 3500 Kassel, Tel. 0561/65369 - Wagner u. Co. GmbH, Afföllerstr. 30 3550 Marburg, Tel. 06421/6 31 55 - Kölner Energieladen, Schloßstr. 41, 5000 Köln 80, Tel. 0221/66 76 37 - Glashaus, Jacobstraße 200, 5100 Aachen, Tel. 0241/23227 - - Der Energiesparladen, Gartenstr. 2 8500 Nürnberg, Tel. 091 1/2625 35

Die Schwerpunkte unserer Arbeit in Kürze:

- ☞ Energieberatung und Planung energietechnischer Anlagen, teilweise Bau,
- ☞ Solartechnik (Sonnenkollektoren Solarzellen, Gewächshäuser),
- ☞ Farben und Holzschutzmittel auf biologischer Grundlage,
- ☞ Bauberatung: Solararchitektur, Wärme- und Schalldämmung
- ☞ Vertrieb ökologischer Dämmstoffe,
- ☞ Regenwassernutzung, Wasserspartechniken,
- ☞ Verbreitung von Informationsmaterial.

Allen Gruppen gemeinsam ist, daß sie sich als "Betriebe in Selbstverwaltung" bzw. "Kollektive" verstehen. Daher war bisher eines unserer Aufnahmekriterien für neue Gruppen, daß sie eben eine "Gruppe" sind, also keine Einzelpersonen oder zwei Leute.

Auf unserem letzten Treffen im Juli 84 wurde nun beschlossen, diese Kriterien zu lockern, so daß in Zukunft auch kleine Betriebe dazukommen können, die allerdings "Gruppenwillig" sein sollten. Es ist uns auch klar, daß man/frau oft eben klein anfängt, und sich später vergrößert, "wenn's erstmal läuft".

Neudazukommende sollten folgende Kriterien erfüllen:

- ☞ Mindestens eine Gruppe des "alten" Kreises muß sich für die Aufnahme einsetzen, die Neuen werden dann eingeladen zum nächsten Treffen und "begutachtet".
 - ☞ Fa. muß als Gewerbe angemeldet sein, mindestens seit einem halben Jahr.
 - ☞ Gruppe muß ein Betrieb in Selbstverwaltung sein,
 - * d.h.: gleiches Stimmrecht,
- * Angestellte ohne Stimmrecht dürfen kein Dauerzustand sein,
* Aufhebung der Entlohnung nach der Lohnpyramide mit dem Ziel gleicher Entlohnung,
* Ziel darf nicht sein, daß wenige viel verdienen, sondern viele ausreichendes Einkommen haben (etwa Facharbeiterlohn als Zielvorstellung),
* die Gruppe sollte eine längerfristige Perspektive haben und von ihrer Arbeit leben wollen,
* die Leute sollten "kollektivfähig" sein.

Inhaltlich sollen die Gruppen mit der Entwicklung, Planung, dem Bau, Verkauf, der Produktion und dem Einbau von energiesparenden und umweltfreundlichen Systemen und Produkten beschäftigen und ökologische Ziele vertreten (dabei braucht eine Gruppe natürlich nicht alles zu machen).

Die Kooperation dient dem Erfahrungsaustausch, der Schaffung besserer Einkaufsbedingungen durch gemeinsamen Einkauf und der Förderung von Forschungsvorhaben.

Für die Zukunft ist daran gedacht, evtl. einen Verband (vielleicht Genossenschaft) 'BAU und ENERGIE' (Arbeitstitel) zu gründen, worin sich die Betriebe organisieren können. Hierbei ist auch in der Diskussion, daß Betriebe aus dem Baubereich dazukommen können (sollen), da wir mit unserer bisherigen Arbeit immer mehr in diesen Bereich hineinarbeiten. Es wäre wahrscheinlich für alle Beteiligten lehrreich und nützlich, da zu einer Kooperation zu kommen.

Die Gemeinschaft hat insbesondere folgende Zielsetzungen:

- ☞ einen Rahmen für den Erfahrungsaustausch zwischen den Gruppen zu bilden,
- ☞ einen gemeinsamen Einkauf zu günstigen Bedingungen zu organisieren,
- ☞ Produktforschung und -entwicklung zu betreiben.

Im einzelnen sind die Vorstellungen noch nicht ausdiskutiert. Falls ihr Interesse daran habt, an unseren Treffen teilzunehmen, wendet euch doch an mindestens eine der Mitgliedergruppen, damit sie euch zum nächsten Treffen einlädt, das im November in Nürnberg stattfindet.

Schickt doch bitte auch allen Gruppen eine Selbstdarstellung zu, wo drinsteht, was ihr so macht, wieviele Leute ihr seid, wie ihr organisiert seid usw.

Vorgestellt hat sich bisher die Gruppe "Energiespartechniken" Darmstadt. Sie ist bei mehreren Gruppen schon bekannt und für das nächste Treffen eingeladen.

Peter

Aus Wandelsblatt Nr. 1 (Oktober 1984, Seite 8)

Zehn Jahre politische Medienarbeit

Das andere Video

Ein gemeinsamer Verleihkatalog von Medienzentren und Videogruppen

Seit mehr als 10 Jahren ist das Medium Video im Gebrauch von Gruppen und Einzelpersonen, die von jeher etwas anderes damit im Sinn hatten, als billige Unterhaltung für teures Geld. Es wurde experimentiert; die Möglichkeiten des Mediums wurden ausgelotet: als Mittel in der politischen Auseinandersetzung, als Instrument der Agitation, der Dokumentation, der Aufklärung; als Träger und Multiplikator von unliebsamen und unterdrückten Meinungen, als Gestaltungsmittel einer neuen Kultur - als Gegengewicht und Gegengift zur herrschenden Kulturindustrie.

Eine Entwicklung kam damals in Gang, die längst nicht abgeschlossen ist. Aber diese Ansätze emanzipatorischer Medienarbeit drohen verschüttet und übertönt zu werden von der Videoexplosion der letzten Jahre. Die Großoffensive von Elektronik- und Kulturindustrie auf dem Markt der Falschheiten ist in vollem Gange und droht mit ungeheurem Kapitaleaufwand, auszulöschen oder aufzusaugen, was es an "anderem Video" noch gab und gibt.

Seit März 82 gibt es einen Informationsdienst der Videogruppen, "Cut-in". Hier werden neue Produktionen angekündigt, Informationen ausgetauscht, Einschätzungen versucht. Ein Stück von Gemeinsamkeit der Videogruppen. Inhaltlich bleiben sie verbunden durch ein paar Grundsätze, die freilich oft aus dem Blick geraten als Selbstverständlichkeiten: Die Nähe zum Thema, zu den betroffenen Menschen. Videomacher beuten keine Menschen filmisch aus, sie beziehen sie ein in ihre Überlegungen, nehmen sie ernst. Die Stetigkeit in der Themenwahl: Kaum eine Gruppe springt von Thema zu Thema, fast alle arbeiten lange an der Vorbereitung, produzieren oft mehrere Videos zum selben Themenkreis. Die Verbindung von Produktion und Distribution: Videomacher gehen zu Vorführungen ihrer Filme, reden mit den Zuschauern.

Der Gesamtkatalog soll die Vielfalt dieser Arbeit deutlich machen. Filme von und über Häuserkämpfe, Streiks und Betriebsbesetzungen, Ausländer, Kabelfernsehen, Friedensbewegung, Kampf gegen Atomkraftwerke, Startbahn West, Frauenhäuser, Freie Radios, Schwule, Geschichte, Ökologie und vieles mehr.

In der gegenwärtigen Diskussion um die "Neuen Medien", eigentlich nur ein publizistischer Abwehrkampf gegen die Interessen der Industrie am Medium Fernsehen, ist uns wichtig, auf andere Formen der Medienarbeit aufmerksam zu machen. Die Medienzukunft, das ist für viele die so oder so gestaltete und beeinflusste massenmediale Berieselung. In völlig anachronistischer Manier wird Medienqualität und Medienquantität gleichgesetzt, ganz frühkapitalistisch erklärt man Konkurrenz schlechthin als Ursache von Qualität. Unser Argument in dieser Diskussion ist unsere Arbeit. In diesem Katalog stehen Produktionen aus 10 Jahren unabhängiger alternativer Videoarbeit. Sie zeigen die Notwendigkeit basisnaher Medienarbeit, und sie zeigen ihre Möglichkeit. Der Katalog ist ein Angebot auf Zusammenarbeit an alle, die auf vorgestanzte Medienprodukte verzichten können.

DER KATALOG

159 Filmbeschreibungen, 144 Seiten, Format: DIN A 5

Versand: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstraße 20, 7800 Freiburg o. EDN Video, Füllerstr. 100, 6 Ffm 50

Bezug gegen Vorkasse von 8 DM auf das Konto:

W. Stickel in 78 Freiburg, PSchA Karlsruhe (BLZ 660 100 75) Nr. 198856-755, oder
H. Robl in 6 Frankfurt/M., PSchA Frankfurt (BLZ 500 100 60) Nr. 294978-605,
unter dem Stichwort "Gesamtkatalog".

Aus Wandelsblatt Nr. 1 (Oktober 1984, Seite 8)

OFFENER BRIEF

Ein alltäglicher Konflikt?

Nachstehender Artikel wird hier nicht abgedruckt, um der Gerüchte- und Tratschküche Nahrung zu liefern. Er soll von einer ganz persönlichen Warte aus die Diskussion anfachen, um einen Konflikt, den sicherlich auch andere Betriebe in ähnlicher oder anderer Form haben.

Aus diesem Grund sind die Namen verändert worden, obwohl es nicht vermeidbar war, daß für Insider erkenntlich ist, um wen es dabei geht. Wichtig ist dem Schreiber die Diskussion und der Erfahrungsaustausch und nicht gegenseitige Anpisserei.

Ansatzweise ist dieses Problem "Generationskonflikt" auch schon auf der Projektmesse angesprochen worden. Viele Aspekte spielen hier mit herein, es ist nicht nur ein Konflikt innerhalb der Gruppen, sondern ist auch im Verhältnis von "alten" und "neuen" Gruppen spürbar. Es geht dabei auch um politische und persönliche Utopien und wie diese umgesetzt werden, sowohl in den zwischenmenschlichen Beziehungen als auch im Verhältnis nach außen.

*...frißt ihre väter,
sie haben sich selbst
überflüssig gemacht.*

*Der motor läuft
auch ohne sie
und während er zufrieden brummt,
ist er sich selbst zufrieden,
bloß keine lauten töne mehr,
damit man ihn noch hört
den bauch.*

Guten Morgen,

setzt erst mal Kaffeewasser auf, frühstückt, lest in Ruhe die Zeitung und dann meinen Brief.

So, fertig?

Also, was ist der Konflikt?

Egon ruft am Freitag erbost an und beschwert sich, daß ich die Baugruppen zu uns

eingeladen habe, ohne vorher noch mal ausdrücklich Bescheid zu sagen. Außerdem wäre ich nicht auf der Teamsitzung gewesen. (Wieso ausgerechnet Egon, der gerade seinen zweiten Urlaub nacharbeitet, um dann in seiner individuellen Freiheit glücklich zu werden?)

Ich sag ihm, daß ich in Urlaub war (eine Woche in diesem Jahr!) und am Dienstag den ganzen Tag im Verbandsbüro gearbeitet habe. Einen Tag nach meinem Urlaub, habe ich gerade das notwendigste gemacht und fühlte mich nicht in der Lage noch zur Sitzung zu kommen, was ich aber vorher schon angekündigt habe...

...

Mein Vorschlag, in der nächsten Teamsitzung darüber zu reden, wurde abgelehnt, weil da der Betriebsberater eingeladen wäre, ich solle sofort kommen, um mich zu rechtfertigen.

Weiter will ich auf dieses etwas kleinliche Hick-Hack nicht eingehen, das können wir auch noch mündlich klären. Ich denke, dies ist auch nicht der eigentliche Konflikt. Er steht stellvertretend für andere nicht ausgesprochene Punkte. Diese wichtigeren Meinungsverschiedenheiten werden jedoch nicht ausgesprochen und werden dann an Nebenpunkten ausgetragen.

...

Der Konflikt zwischen "Gründungsvater" und "Neumitgliedern", zwischen alt und jung, zwischen Weitergehen, Neues ausprobieren und Bestehendes erhalten und genießen steht für mich dahinter.

Es ist ein Unterschied, ob man einen Kollektivbetrieb aufbaut mit der ganzen Power, Kreativität und politischen Idee, die dafür nötig sind, oder ob man in schon was Bestehendes reinkommt und der alltägliche Kram halt schon läuft. Dazu noch so gut läuft, daß kaum ein Druck besteht, der dazu zwingt, sich mit anderen Themen auseinanderzusetzen, als wer fährt wann in Urlaub, wer kocht das Mittagessen und wie verdient man noch mehr Kohle.

So entsteht eine Entfremdung, die durch neue Mitglieder gleichen Typs verstärkt wird. Die Isolation des "alten Vaters" ist vollkommen, wenn er dann noch den Fehler gemacht hat, sich selbst überflüssig zu machen, indem er sein Wissen voll und ganz weitergegeben hat und damit seine Privilegien aufgibt.

Zur Emanzipation der neuen Mitglieder gehört wohl auch zwangsläufig der Machtkampf, die Auseinandersetzung mit dem oder den Gründern. Wobei nicht selten die Gründer als Sparringspartner für den eigenen Vaterkonflikt herhalten müssen. (...)

...

Bei allen Entscheidungen, die ich in der letzten Zeit getroffen habe, habe ich darauf geachtet, Euch so wenig wie möglich zu belasten. Ich habe akzeptiert, daß eine Veränderung des Arbeitsstils mit mehr Arbeitsteilung - um es mir möglich zu machen, weiter mit Euch zusammen zu arbeiten für Euch nicht zumutbar ist. Ich hatte dabei allerdings nicht den Eindruck, daß Euch dies Kopfzerbrechen bereitet. Auch meine

Mitteilung, daß ich wahrscheinlich nie mehr richtig als Schreiner arbeiten kann und deshalb (und weil eine Arbeitsteilung ja nicht möglich ist) "vorsorglich" gekündigt habe, hat Euch nicht gehindert, zum nächsten Tagesordnungspunkt überzugehen. Wenn ich bedenke, wie sonst mit solchen Situationen umgegangen wurde, so war dieses Übergehen ziemlich schmerzhaft. Zumal für mich die konkrete Arbeit im Kollektiv eine wichtige Rolle in meinem Leben und für mein Selbstbewußtsein gespielt hat. Vielmehr als Schreiner habe ich ja auch nicht gelernt.

...

Ich kann verstehen, daß für Euch das wirtschaftliche Interesse im Vordergrund steht. Aber dazu ein Beispiel, wie andere damit umgehen: Zwei Leute aus dem Verband, denen ich erzählt habe, wie ungewiß meine wirtschaftliche Lage in der nächsten Zukunft ist, werden sich dafür einsetzen, daß meine Arbeitsmöglichkeit im Verbandsbüro verlängert wird. Das, obwohl beide glühende Verfechter für eine schnellstmögliche professionelle Besetzung des Büros sind und unsere Auffassungen von dieser Arbeit nicht identisch sind!

Bei Eurem geringen Interesse an Diskussion um Lehrlingsausbildung, Baugruppentreffen, Vernetzung und Verband, habe ich nicht viel Hoffnung, daß Euch das besonders interessiert. Vor allem nicht solange Euch nur Euer wirtschaftliches Wohlergehen wichtig ist.

...

In der Hoffnung, daß die Definition "Kritik ist auch eine Zuwendung in einer Zeit der Gleichgültigkeit" will ich gern weiter mit Euch streiten.

Aus Wandelsblatt Nr. 1 (Oktober 1984, Seite 9)

RHEINLAND-PFALZ:

Steueroase und Entwicklungsland?

Nun haben wir sie gerade hinter uns, die Projektmesse 84 und finden uns gerade wieder im übl(ich)en Alltagstrott. Ein Erwachen aus dem Traum einer Utopie, die eine Gesellschaft von Morgen darstellt und deren Diskrepanz zum Heute recht schmerzhaft ist. Dennoch, oder gerade deshalb hat uns das Erleben der 10 Tage in Oberursel angespornt auch in dem Selbstverwaltungs-Entwicklungsland Rheinland-Pfalz, mindestens aber in seinem patriotischen Teil, dem Hunsrück, einen Schritt in die richtige Richtung zu tun.

Bei einer Art Nachlese haben sich die selbstverwalteten Projekte Lebensgemeinschaft im Dhrontal e.V. und der Umweltschutzvertrieb "Josef Trauth" vorgenommen, im Hunsrück eine Zusammenkunft der selbstverwalteten und alternativen Projekte zu arrangieren, um 1985 eine Messe im Hunsrück durchzuführen. Hiermit rufen wir also auf, daß sich möglichst alle Projekte oder auch Einzelpersonen, die ein Interesse an einem solchen Unterfangen haben, bei uns melden und einen ersten Termin vereinbaren. Als Tagungsort käme unter Umständen die Ohlweiler Mühle in Frage.

Durch das Vernetzungsprojekt "Dörrwiesel", initiiert durch die Lebensgemeinschaft im Dhrontal, hat sich eine erstaunliche Vielfalt von "alternativen" Aktivitäten in diesem strukturschwachen Gebiet herausgestellt und es ist sehr wahrscheinlich, daß es keine Probleme macht, genügend Darstellungswillige zusammenzubringen. Es ist auch berechtigt zu erwarten, daß eine solche Messe gut, insbesondere von "Hunsrückern" besucht wird, da in unserer Gegend teilweise ein starkes "Heimatbewußtsein" erlebbar und Interesse an regionalen Ereignissen wahrnehmbar ist. Wir hoffen sogar, daß sich die Trierer beteiligen werden, haben sie doch mit dem einzigen noch selbstverwalteten Jugendzentrum (Ex-Haus) in Rheinland Pfalz aufzuwarten und darüber hinaus eine sich behutsam entwickelnde Alternativszene.

Auch die Provinz hat Power, nur muß sie geweckt werden!

Bis die zündenden Informationen allerdings hier ankommen, dauert es in der Regel viel zu lange und es ist zu hoffen, daß durch unsere Zeitung-schrift diese Dauer abgekürzt wird. Wir hatten es z.B. reichlich schwer die Ökobank Diskussion hier anzukurbeln, doch nun zeigen sich die ersten enthusiastischen Feedbacks. Wirklich

kooperative Helfer finden sich in der Friedensbewegung und bei den Grünen im Lande, die bekanntlich gerade im Aufwind sind.

Im Grunde genommen ist doch der Hunsrück eine ideale Voraussetzung für dezentrale Strukturen, gibt es doch kaum größere Zentren, größere Städte. Die alternativen Initiativen sind verstreut in den kleineren und größeren Dörfern zu finden und haben ein existentielles Interesse an der Kooperation mit anderen "Gleichgesinnten". Die Ursache, warum es doch nicht schneller zu einer Vernetzung kommt, scheint mir darin zu liegen, daß es vielen (noch) nicht einsehbar ist, daß unser Zusammengehen eine Notwendigkeit zum Überleben ist. Groß ist auch das berechtigte Mißtrauen dem Kommerz gegenüber, so daß auch unsere Initiative (Dörrwiese) nur ganz langsam von immer mehr Menschen bejaht wird.

Um den gesamten Umfang der rheinland-pfälzischen Bewegung darzustellen, bedarf es jedoch noch einiger Aktivität und Bereitschaft zur Veröffentlichung in unserem Presseorgan. Dies wollen wir versuchen abzuklären bis zum Erscheinen der nächsten Ausgabe. Wir bitten also hiermit die Steueroasenregion, zumindest ihren alternativen Teil, zu einem Feedback, damit weitere Beziehungen hergestellt und das zukünftige Zusammengehen möglichst gemeinsam überlegt werden kann.

Kontakt: Gerhard Kern, c/o Lebensgemeinschaft im Dhrontal e.V., Dörrwiese 4, 5552 Morbach-Merscheid, Tel. (06533) 35 34

Aus Wandelsblatt Nr. 1 (Oktober 1984, Seite 9)

BREMEN

AG selbstverwalteter Betriebe

Seit gut zwei Monaten gibt es diese Arbeitsgemeinschaft. Sie entstand aus der Idee, sich zwischen den selbstverwalteten Betrieben auszutauschen, Möglichkeiten praktischer Zusammenarbeit zu diskutieren und eventuell auch perspektivisch weitergehende Probleme anzugehen (z.B. gemeinsame Interessenvertretung). Vorangegangen war der gescheiterte Versuch der Grünen in Bremen zusammen mit dem Netzwerk einen "Arbeitsmarktpolitischen Arbeitskreis" ins Leben zu rufen.

An den bislang durchgeführten drei Treffen nahmen rd. 25 Betriebe teil. Diskutiert wurden im Wesentlichen praktische Probleme, wie Möglichkeiten gemeinsamer Werbung, mangelhafte Information der Betriebe untereinander, Schwierigkeiten mit Steuern und Buchhaltung, sowie Kooperations- und Konkurrenzfragen.

Erstes Ergebnis dieser gemeinsamen Diskussion ist die monatliche Herausgabe eines Rundbriefes, dessen erste Nummer bereits erschienen ist. Dieser Rundbrief soll neben Selbstdarstellungen der Betriebe alle möglichen wichtigen Informationen enthalten, wie z.B. Termine von Veranstaltungen und Versteigerungen, Anfragen und Angebote aller Art, wenn möglich auch inhaltliche Beiträge zu Themen wie Selbstverwaltung, Soziale Absicherung, Staatsknete usw.

Darüber hinaus wird jeden dritten Mittwoch im Monat ein Plenum durchgeführt, in welchem aktuelle Dinge besprochen werden und die Arbeitsgruppen berichten sollen.

Bislang gibt es nur eine kleine Arbeitsgruppe, die sich inhaltlich und organisatorisch mit gemeinsamer Werbung befaßt. Die Einrichtung weiterer Arbeitsgruppen ist geplant. Inwieweit sie zustande kommen, hängt von den konkreten Bedürfnissen und Möglichkeiten der mitarbeitenden Betriebe ab.

In Vorbereitung ist in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Bremen die Durchführung eines Seminars zum Thema "Computer": Was ist ein Computer, wozu können Computer in Alternativbetrieben gebraucht werden und was bedeutet ihre Anwendung, welche Möglichkeiten gemeinsamer Nutzung gibt es.

Vorschläge zur Durchführung weiterer Seminare zu Themen wie Steuern und Buchhaltung, Gesellschaftsrecht und Versicherungen liegen ebenfalls vor.

Zu Beginn wurde auch die Frage einer festen organisatorischen Struktur der Arbeitsgemeinschaft aufgeworfen: Gründung eines Verbandes oder Vereins, ja oder nein, innerhalb oder außerhalb des Netzwerks.

Diese Diskussion wurde jedoch mehrheitlich zurückgestellt. Ziel der Arbeitsgemeinschaft soll sein, sie aus sich selbst heraus leben zu lassen. So gibt es weder Vorstand noch Satzung. Jedem Betrieb ist es freigestellt, Eigeninitiative zu entwickeln, Arbeitsgruppen ins Leben zu rufen, Ideen und Vorschläge auf den Plenen vorzubringen. Das Funktionieren dieser Arbeitsgemeinschaft wird nicht von dem Vorhandensein einer festen Struktur abhängen, sondern von der Bereitschaft der Betriebe Arbeit zu investieren.

Als die einzigen Kriterien für eine Mitarbeit wurden bislang diskutiert, daß es sich um einen selbstverwalteten Betrieb im Land Bremen handeln muß, wobei die Rechtsform unerheblich ist, sondern die Entscheidungs- und Mitwirkungsstrukturen entscheidend sind. Zudem soll es sich ausschließlich um wirtschaftliche Betriebe, also nicht soziale oder kulturelle Projekte handeln. Die organisatorischen Strukturen sollen entsprechend den praktischen Bedürfnissen der Arbeitsgemeinschaft angepaßt werden. Zudem setzt eine verbandsmäßige Organisation auch eine inhaltlich-politische Diskussion voraus. Diese muß aber erst noch geführt werden.

Harald Deenberg

Aus Wandelsblatt Nr. 1 (Oktober 1984, Seite 9)

NORDBADEN

Projektetreffen

Das Projektetreffen - ein Zusammenschluß, bei dem es (noch?) nicht nur um Kohle geht!

Das Projektetreffen ist ein Zusammenschluß einiger selbstverwalteter Betriebe und Projekte aus dem nordbadischen Raum. Entstanden ist es vor ca. 3 Jahren aus dem konkreten Bedürfnis nach praktischem und inhaltlichen Austausch und Auseinandersetzung. Die Runde "Klatsch und Tratsch", der Austausch über den aktuellen Stand in den Projekten (Wie geht's denn so bei Euch?) ist ein nicht unwesentlicher Teil der Treffen, um dann zu inhaltlicher Diskussion, z.B. Fragen von Vernetzung, Selbstverständnisdiskussion, überzugehen.

Die letzten Treffen waren gekennzeichnet von Ratlosigkeit, inhaltlicher Leere und wirklichem Klatsch und Tratsch, daß immer mehr Gruppen gefrustet zu Hause blieben und im letzten Treffen grundsätzlich über den Sinn und Zweck des Projekttreffens diskutiert wurde. Der diffuse Wunsch, sich weiterhin zu treffen, stand konträr einer zunehmenden Ökonomisierung der Projekte und der Einschätzung, daß regionale Zusammenschlüsse immer mehr lediglich die Funktion der Beschaffung und Verteilung von Kohle haben, eine Reduktion auf Funktionalisierung, die auch Ausdruck der diesjährigen Projektemesse war.

Die Selbstdarstellung der Projekte war nicht mehr Ausdruck und Leben von Ideen, die aus einer Bewegung entstanden sind. Es ging darum, sich möglichst gut zu verkaufen. Verkaufen - das Stichwort, das im Zusammenhang mit zunehmender Professionalisierung und Ökonomisierung und der Möglichkeit des Abziehens öffentlicher Kohle immer wichtiger, vielleicht sogar überlebenswichtig für einzelne Projekte wird.

Die Projekte und Betriebe des nordbadischen Projekttreffens wollen sich so nicht reduzieren und funktionalisieren lassen. Neben der Frage der Notwendigkeit, neue Arbeitsformen zu entwickeln, entstand die Idee, dem Gerangel um die Kohle, vor dem wohl niemand gefeit ist, zuvorzukommen, indem alle Projekte einen finanziellen Bedarfsplan entwickeln, der inhaltlich diskutiert werden soll.

So hoffen wir, die Kohle wirklich gemeinsam nach inhaltlichen Kriterien verteilen zu können und uns nicht dadurch differenzieren und isolieren zu lassen.

Wirklich ein Ansatz? - Wir wissen es nicht - wir wollen es ausprobieren. Auch in unserem konkreten Projektleben merken wir die Gefahr, uns von der zunehmenden Ökonomisierung einfangen zu lassen. Noch spüren wir unsere Ideen und Phantasien und die politischen Gegenstrukturen unseres Alltags. Wir wollen nicht fragen: wie lange noch, sondern daran festhalten und es weiterleben.

So entstand auch die Idee, zusammen mit dem Regionalzusammenschluß der Jugendzentren, dem Netzwerk Nordbaden und dem Projekttreffen auf dem Gelände der Läufermühle im nächsten Frühsommer ein Vier-Tages-Fest zu feiern, auf dem Betriebe, Projekte, Gruppen und Initiativen aus dem nordbadischen Raum ihre Erfahrungen austauschen und sich informieren können, zusammen feiern und Perspektiven erleben und entwickeln, als Versuch, Möglichkeiten zu finden, wie es gemeinsam weitergehen kann und soll.

Projektgruppe Läufermühle, Heiko

Aus WANDELSBLATT Nr. 1 (Oktober 1984, Seite 10)

HANDELN - nicht behandelt werden !

Soziales Engagement? Ach so! Die AG SPAK plaudert aus 14-jähriger Alternativgeschichte.

Als die AG SPAK 1970 gegründet wurde, war natürlich "alles ganz anders". Die "Aktivisten" wollten mit ihrer Arbeit z.T. "nur" helfen, andere "Massenhilfsorganisation" sein. Das Delegiertenprinzip und das "imperative Mandat" war wichtig. Es gab intensive Theoriediskussionen, das Wort "kein Bock" war noch nicht im Sprachgebrauch - auch der Begriff "frustriert" war noch nicht erfunden.

Es handelt sich hier um kein Märchen, sondern die AG SPAK gibt es immer noch - und es wird Zeit, sie doch kurz vorzustellen.

Also: DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALPOLITISCHER ARBEITSKREISE ist ein Zusammenschluß (dauernder Versuch) verschiedener Gruppen und Einzelpersonen. Ziel unserer Arbeit ist einmal, Möglichkeiten für einen Erfahrungsaustausch, für Diskussion und Reflexion von Theorie und Praxis zu "bieten".

Wir müssen nun noch ganz schnell unsere "Projekt- und Arbeitsbereiche" vorstellen, weil dadurch deutlicher wird, wie verschieden Ansätze, Interessen und die konkrete Arbeit in dieser "AG SPAK" sind.

- ☞ **Obdachlosenarbeit:** (Kinder-Jugend-siedlungsbezogene Arbeit). Die dauernden Diskussionen sind: "Helfen", "integrieren", "Ursachen der Obdachlosigkeit angehen"...
- ☞ **Stadtteilarbeit** (in Kooperation mit dem "AK Wohnen und Umwelt im BBU") - zu: Stadtsanierung, ökologische Stadtgestaltung, Mieterarbeit) - Vernetzung geschieht durch den INFODIENST WOHNEN UND UMWELT.
- ☞ **Knastarbeit:** Von der Resozialisierungsarbeit zur Beschäftigung mit kriminalpolitischen Fragen.

Koordinierungsstelle für Wohngemeinschaften (KOST), 1976 gegründet. Zweck ist die Förderung der Wohngemeinschaftsarbeit im Bereich der Jugend- und Sozialarbeit... Mit Seminaren, Beratertreffen, Publikationen zur WG-Arbeit, einem Rundbrief hat die KOST eine wichtige Vernetzungsfunktion in diesem Bereich.

Psycho-Projektbereich - aus Kreisen studentischer Laienhelfer vor "ewigen Zeiten" entstanden. Viele Tabus wurden durch die Arbeit der in diesem Bereich engagierten Gruppen überwunden. Forderungen zur Abschaffung der psychiatrischen Großkrankenhäuser zugunsten von Tageskliniken, Kriseninterventionszentren sind heute selbst in Therapeutenmunde. Die Gruppen arbeiten auch weiterhin unterschiedlich: Patientenclubs, Beschwerdezentren, therapeutische Wohngemeinschaften, Selbsthilfegruppen.

Die **selbstverwalteten Jugendzentren** begannen um 1975 mit ihrer Zusammenarbeit. Diese selbstverwalteten Jugendzentren ("Laßt uns Träumen, Hoffen, Kämpfen für Selbstorganisation") wollen keinen Verband, sondern eine Form der Zusammenarbeit, die sich "wie ein lockeres Netz über die Landschaft ausbreitet". Es gibt "in diesem unserem Lande" über 1.000 kleine und größere Jugendzentren - und Initiativen. Schriftliches Kommunikationsorgan ist die "Wandzeitung für Jugendzentren" im A3-Format, so daß sie am "schwarz-grün-roten-Brett" aufgehangen werden kann.

Provinzarbeit. Der "Provinzbereich" versteht sich als "Serviceleistung" zur Verbesserung der Kommunikation von Provinzprojekten und Leuten, die in der Provinz leben und sozial und politisch überleben wollen. Der PROVINZRUNDBRIEF ist neben den Treffen und den Buchpublikationen das „Vernetzungsinstrument“.

Alternative Ökonomie: die "Klassiker" von Rolf Schwendter arbeiteten das Thema erstmals auf. Heute ist z.B. der "Theoriearbeitskreis alternative Ökonomie" ein "bunt" zusammengesetzter Kreis, dem dieser ganze Bereich weiterhin zu wichtig ist, um ihn allein theoriefeindlichen Praktikern, bzw. praxislosen "AÖ-Gurus" zu überlassen. Was sich z.B. beim schon legendären "AÖ-Sommerseminar" 1983/1984 an Kreativität, Diskussionen etc. getan hat, ist in den "Seminarzeitungen" nachzulesen. Seminarzeitung '83: 250 Seiten, 5.1984 260 Seiten, 15.-- DM.

Behindertenarbeit - Krüppelinitiativen. Dieser Arbeitsbereich hat sich erst heuer der AG SPAK angeschlossen. Aktive Behinderte aus dem Bundesgebiet haben z.B. im "Jahr der Behinderten" auf dem Krüppeltribunal auf ihre Diskriminierung und Aussonderung in allen Lebensbereichen hingewiesen. Schwerpunkt (und oft eine frustrierende Arbeit weil die soziale Ungerechtigkeit, der "Sozialabbau" zu schnell galoppiert) ist, sich gegen die fortschreitenden Kürzungen im Behindertenbereich zur Wehr zu setzen.

Wichtig ist auch hier, daß das Verständnis in der AG SPAK nicht nach dem Sankt Florians-Prinzip läuft: heiliger Sankt Florian, verschone unser Haus, zünd's andere an.. sondern gerade durch das Zusammenkommen von so vielen Bereichen wird immer deutlicher, daß eigentlich alle zusammenarbeiten müssen. Aber das durchzusetzen, da läuft man schon noch gegen Mauern - und so werden weiter die verschiedenen Gruppen Benachteiligter gegeneinander ausgespielt.

Puh, ist es jetzt verständlicher, warum wir uns schwertun, auf die Frage "was ist eigentlich die AG SPAK" eine knappe, kurze Antwort zu geben?

Worum wir froh sind, daß wir jetzt eine kleine, brauchbare Selbstdarstellung haben, mit Adressen usw. - (Erhältlich gegen Rückporto bei der Geschäftsstelle, Kistlerstr., 8 München 90).

Der Rost der Zeit...

Es ist einmal schon beachtlich, daß ein Zusammenschluß wie die AG SPAK überhaupt solange lebt (überlebt). Das Wort "Krise" ist ein Dauerthema, das Wort "Basis" ein Reizthema.

Einige meinen, wir sollten (wieder) eine Verbandsstruktur haben mit "aktiven Mitgliedsgruppen" etc. - andere sehen mehr, daß die „Aktivisten.. die Kontakte halten. die die Arbeit machen, die "vernetzen", die Interesse haben, über den eigenen Projektellerrand zu schauen, letztendlich die AG SPAK ausmachen.

Wir leiden an linken "Modeerscheinungen". Als übriggebliebene aus dem sozialpolitischen Engagement haben wir gesehen, wie wichtige, aktive Leute aus der Obdachlosenarbeit, der Knastarbeit etc. ausgestiegen sind (entweder ganz auf den Innerlichkeitstrip) oder, weil das Thema der Stunde Ökologie hieß, oder "Anti-AKW" oder jetzt "Frieden". Das scheint ein deutsches Phänomen zu sein, dann voll auf die jeweils neue Sache einzusteigen, und all das, was vorher gemacht wurde, als "überholt" zu kritisieren. (Vielleicht sehe ich das auch falsch...?)

Wir sehen weiterhin unsere Aufgabe darin, ein „Durchlauferhitzer“ zu sein, d.h. Leute machen in der Mitarbeit in Projekten Erfahrungen, z.T. über eine ganz andere Lebenswelt. Wenn das gut

aufgearbeitet wird... so sind das Erfahrungen, die später in der Mitarbeit in anderen Gruppen ganz wichtig sind. Durchlauferhitzer heißt aber selbstkritisch auch: die Leute bewegen sich, aber die AG SPAK tritt auf der Stelle. Für viele der "alten Hasen" (sprich Koordinationsleute) war das der Grund, den Krempel hinzuschmeißen. Es ist aber auch nervig, daß "neue Leute" immer die gleichen Fragen stellen, bis sie an die Grenzen ihrer Möglichkeiten stoßen, dann mit der Arbeit im Projekt, in dem Arbeitskreis aufhören und andere wieder da anfangen, wo's vor 2 oder 3 Jahren mal losgegangen ist. Mit den Leuten gehen viele wichtige Erfahrungen das Problem, daß dadurch schwer eine "geschichtliche Betrachtungsweise" erreicht wird, haben wir wohl mit vielen Gruppierungen.

Man/Frau soll unsere Bücher nicht nur loben, sondern auch kaufen und lesen:

Das Mittel "Seminare" ist problematischer geworden. Viele Leute haben keine Lust, am Wochenende quer durch die Republik zu "düsen". Nicht nur von daher sind unsere Bücher ein wichtiges Instrument in der sozialpolitischen Arbeitslandschaft. Mit nicht wenigen Publikationen waren wir sowas wie ein "Vorreiter" - wie "Plutonium und Polizeistaat"(1977) oder im Knastbereich "Für die Einführung von Tariflohn und Sozialversicherung im Knast" (1975) oder "Jugendwohnkollektivarbeit" (1976) - diese Titel nicht bestellen, sind total vergriffen! Gegen den Begriff "Randgruppe" sind wir schon 1975 vorgegangen und die Einschätzung, daß es sich dabei um ein begriffliches und konzeptuelles Wendei handelt, kann man/frau heute noch gültig in "Empirie der Subkultur" nachlesen. Die im Buch "Obdachlose in der BRD" 1977 geführte Diskussion um die Trendlinien kommunaler Obdachlosenpolitik ist - wie die Geschichte so geht - leider heute wieder aktuell. Auf die Bände zur "alternativen Ökonomie" haben wir schon hingewiesen - und wer weiß schon, daß sich unser "Provinz-Jahrbuch Nr. 1" auch mit Themen wie "Friedensarbeit in der Provinz" beschäftigt.

Für viele, viele Projekte wichtig ist z.B. die Broschüre, die im Rahmen der SELBSTHILFEMATERIALIEN (nicht nur) für Jugendzentren erschienen ist: RECHTLICHES, NICHT NUR FÜR JUGENZENTREN. Im Buch SOZIALARBEIT IN LATEINAMERIKA... wird eine starke Kritik an der Funktion von Selbsthilfegruppen innerhalb der "Marginalitätstheorie" geübt und Beispiele vorgestellt, wie die Unterdrückten von einer Fremdbestimmung zu einer Selbstbestimmung kommen...

Schluß, rapider:

Also, Frust ist bei uns genug da, zuviel Arbeit für zuwenig Leut ist da - und wenn ihr jetzt noch mehr wissen wollt (pragmatische Bitte: Rückporto nicht vergessen), könnt ihr Euch ja melden.

AG SPAK Bundesgeschäftsstelle, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

Aus Wandelsblatt Nr. 1 (Oktober 1984, Seite 11ff)

MONDRAGON:

Beispiel für betriebliche Selbstverwaltung und eigenständige Regionalentwicklung

von Jörg Flecker, Luise Gubitzer und Franz Tödting

Betriebliche Selbstverwaltung und eigenständige Regionalentwicklung am Beispiel der Genossenschaften von Mondragon

Im Zuge der wirtschaftlichen Krise und der zunehmenden Arbeitslosigkeit gewinnen betriebliche Selbstverwaltungsinitiativen wieder an Bedeutung (vergl. Bundesministerium für Soziale Verwaltung 1983). Neben dem Ziel der innerbetrieblichen Demokratisierung werden dabei vor allem die Ziele der Arbeitsplatzbeschaffung und -sicherung durch die Neugründung von Betrieben oder die Verhinderung von Betriebsstillegungen verfolgt. Auch in der Regionalpolitik fanden in den letzten Jahren lokale und regionale Beschäftigungsinitiativen im Rahmen der Konzeption der "eigenständigen Regionalentwicklung" zunehmende Beachtung (vergl. Bundeskanzleramt 1981, Ganser et al. 1981, Stöhr 1981 und 1983).

Der vorliegende Beitrag behandelt die Genossenschaften von Mondragon im spanischen Baskenland als Beispiel betrieblicher Selbstverwaltung und eigenständiger Regionalentwicklung. Den empirischen Hintergrund für diesen Beitrag stellt eine Exkursion ins Baskenland und nach Mondragon dar, die vom Interdisziplinären Institut für Raumordnung der Wirtschaftsuniversität Wien im Herbst 1983 durchgeführt wurde. Die Genossenschaften von Mondragon sind aus mehreren Gründen von Interesse:

- Sie gehören zu den wenigen Selbstverwaltungsinitiativen, die innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems als industrielle Produktionsgemeinschaft nicht nur überlebt, sondern auch eine kontinuierliche Expansion erfahren haben: Zu diesen Genossenschaften, die 1954 gegründet wurden, gehören heute 160 Betriebe und über 18.000 Beschäftigte. Im Zusammenhang mit der in den meisten Industrieländern stark zunehmenden
- Arbeitslosigkeit ist vor allem die Frage von Interesse, von welchen Faktoren diese starke Expansion der Arbeitsplätze bewirkt wurde und wie die Genossenschaften von Mondragon die allgemeine Krisensituation der letzten Jahre bewältigt haben. Weiter interessiert die Frage, in welchem Maße die Genossenschaften von Mondragon tatsächlich Selbstverwaltungsprinzipien verwirklicht haben oder ob damit eine geringere Entfremdung und höhere Arbeitszufriedenheit verbunden ist als in privaten kapitalistischen Unternehmungen.
- Mondragon und das Baskenland sind jedoch auch als Beispiel regionaler Entwicklung interessant, da für die Entstehung und Expansion der Genossenschaften nicht nur innerbetriebliche sondern auch regionale Faktoren eine Rolle gespielt haben. Hier sind etwa die baskische Industrietradition und der lange Kampf des Baskenlandes um politische und wirtschaftliche Eigenständigkeit zu nennen. Zu diesen regionalen Faktoren gehören aber auch einige Organisationsprinzipien der Genossenschaften wie etwa die überbetriebliche Zusammenarbeit und die regionale Vernetzung der Betriebe oder das Ausbildungssystem.

Einzelne dieser Fragen sollen im folgenden diskutiert werden, wobei zuerst die Struktur und

Entwicklung der Genossenschaften von Mondragon (1) kurz dargestellt werden. Dann werden die Fragen untersucht, in welcher Weise in Mondragon Selbstverwaltungsprinzipien angewendet werden (2) und wie die Genossenschaften von Mondragon die wirtschaftliche Krise der letzten Jahre bewältigt haben (3). Zuletzt soll auf die oben genannten regionalen Aspekte der Genossenschaften von Mondragon eingegangen werden (4).

MONDRAGON - Die Entwicklung der Genossenschaftsgruppe und ihre gegenwärtige Struktur

Die Entstehung der Genossenschaftsgruppe von Mondragon ist in hohem Maße mit der politischen und wirtschaftlichen Geschichte des Baskenlandes verknüpft. Wesentliche Charakteristika dieser baskischen Entwicklung sind:

- ☞ eine lange Industriegeschichte (basierend auf Eisenerzvorkommen um Bilbao): Das Baskenland hatte dadurch früher als andere spanische Regionen eine ausgebildete Arbeiterschaft mit politischem Bewußtsein, sowie eine starke ökonomische Position im Vergleich zu anderen spanischen Regionen;
- ☞ ein starkes politisches und wirtschaftliches Unabhängigkeitsstreben (Nationalismus) und damit im Zusammenhang eine lange Geschichte von Auseinandersetzungen mit dem Zentralstaat, sowie
- ☞ eine lange Tradition von Nachbarschafts- und Gemeinschaftsstrukturen territorialer Selbstverwaltung auf Dorf-, Gemeinde- und Provinzebene und des Genossenschaftsgedankens.

Die Entstehung der Genossenschaftsgruppe reicht zurück in die Zeit nach dem Bürgerkrieg, in dem die meisten Basken auf der Seite der demokratischen Regierung und damit auf der Seite der Verlierer standen. In der Folge verliert das Baskenland - wie schon unter der Militärdiktatur Primo de Riveras jegliche Autonomie, alles Baskische wird brutal unterdrückt. Als Reaktion darauf verstärkt sich der baskische Nationalismus, der in den 50er Jahren mit der ETA zum bewaffneten Widerstand übergeht.

Mondragon selbst, eine Kleinstadt im bergigen Inneren des Baskenlandes, war in der Zeit nach dem Bürgerkrieg von einem einzigen Industrieunternehmen, der Union Cerrajera, beherrscht, das für die Jugendlichen der Stadt zu wenig Ausbildungsplätze zur Verfügung stellte.

Jose Maria Arizmendi Arrieta, seit kurzer Zeit Priester in der Gemeinde, gelang es mit Unterstützung der Bevölkerung im Jahre 1943 eine technische Berufsschule zu gründen. Die ersten Absolventen dieser Schule bilden sich zu Ingenieuren weiter und gründeten 1954 die erste Produktionsgenossenschaft ULGOR.

Sie brachten das notwendige Kapital durch Zuwendungen von Bekannten und Verwandten, baskischen Trinkklubs und der Gemeinde auf und stellten unter Umgehung ausländischer Lizenzrechte Paraffin-Herde und später Öfen her.

Die Gründung dieser ersten selbstverwalteten Betriebe erfolgte vor dem Hintergrund der grundsätzlich positiven Einstellung des baskischen Arbeiterbewegung gegenüber Genossenschaften. In den Krisenzeiten der 20er Jahre wurden im Baskenland zahlreiche Versuche zur Gründung von Produktivgenossenschaften unternommen. Ein erfolgreiches Beispiel aus der Provinz Guipuzcoa, in der auch Mondragon liegt, ist die Firma "Alfa" in Eibar, die 1920 im Anschluß an einen Streik von den Arbeitenden übernommen wurde. Aus der Produktion von Waffen, damals die traditionellen Produkte der Region, wurde später die Produktion von Nähmaschinen. Die Gründer sowie die Arbeiter dieser Genossenschaften waren in überwiegender Zahl Mitglieder der sozialistischen Gewerkschaft UGT. Erst im Bürgerkrieg der 1930er Jahre ging das Experiment "Alfa" unter (Larranaga, 1981, S. 43ff). Der unterdrückte, aber nicht gebrochene baskische Nationalismus

erleichterte das Anknüpfen an traditionelle kollektive Arbeitsformen, die in "Hauzo-Lan", der gemeinsamen Bau- und Reparaturarbeit durch die gesamte Nachbarschaft, und "Lorra", der gemeinsamen Erntearbeit, ihre historischen Wurzeln hat (CLP, o.J. (a), S.1).

Von bescheidenen Anfängen ausgehend - UGOR hatte 1956 nur 24 Beschäftigte - verzeichnete die Gruppe bis heute ein starkes Wachstum. Noch in den 50-er Jahren wurde FAGOR, eine Fabrik für Gasherde, eine Gießerei, die Maschinenfabrik ARRASATE und weitere Genossenschaften gegründet. Aber mit den Betrieben wuchsen auch die Probleme: Die Genossenschaftler waren als "Selbständige" von der öffentlichen Sozialversicherung ausgeschlossen und die Finanzierung der Genossenschaften wurde zu einem bestandsgefährdenden Problem. Die zukunftsweisende Lösung wurde in der Gründung eines eigenen Finanzinstitutes, der "Caja Laboral Popular" (CLP), gesehen, das außerdem die Versicherung der Genossenschaftler und die Beratung der Betriebe übernahm. Mit der CLP wurde 1960 ein regelrechter Kristallisationspunkt für die Gruppe geschaffen, denn die einzelnen Genossenschaften - sowie alle später gegründeten oder hinzugetretenen schlossen mit ihr einen Vertrag, der ihnen einerseits die Dienste der Bank erschloß, sie andererseits verpflichtete, sich an ihr zu beteiligen, ihr Berichte über den eigenen Geschäftsverlauf zukommen zu lassen und vor allem folgende genossenschaftsinterne Organisationsprinzipien zu akzeptieren: Wie schon bei ULGOR lauteten diese: Arbeitsplatzbeschaffung, Kapital im Eigentum der Arbeitenden, begrenzte Lohnunterschiede, gleichmäßige Gewinnverteilung und demokratische Organisation (CLP, o.J. (a), s. 3 ff).

Vor dem Hintergrund starken Wirtschaftswachstums aufgrund großer Nachfrage am spanischen Markt und hoher Schutzzölle erlebte die Gruppe in den 60er Jahren eine starke Expansion. So kamen um 1964 pro Jahr durchschnittlich 3 neue Genossenschaften dazu, was die Mitgliederzahl gemeinsam mit dem Ausbau der bestehenden Betriebe bis 1970 auf 8.570 anwachsen ließ. Auch qualitativ ist ein Aufschwung zu verzeichnen: ARRASATE wird zur führenden Maschinenfabrik des Landes und die Produkte der meisten Genossenschaften werden technologisch anspruchsvoller. In zunehmendem Maße werden elektronische Bauteile, hochwertige Maschinenteile, Thermostate, Ventile usw. hergestellt. Ebenfalls in die 60er Jahre fällt eine Veränderung in der Struktur der Gruppe: Im Raum Mondragon schließen sich die Genossenschaften zu einer Art Dachgesellschaft (ULARCO) zusammen, deren Aufbau und Funktion später noch genauer zu schildern sein wird.

Die 70er Jahre werden von Thomas/Logan (1982) als Phase der Konsolidierung bezeichnet, in der zwar anfangs das Wachstum fortgesetzt werden konnte später aber auf die Krise, von der die Gruppe erst um 1980 betroffen war, reagiert werden mußte. Heute stellt die Genossenschaftsgruppe mit über 160 Betrieben und etwa 18.800 Mitgliedern einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor des Baskenlandes dar.

Die Struktur der Gruppe

Ende 1982 bestand die "Mondragongruppe" aus 160 Genossenschaften, die sich folgendermaßen auf einzelne Wirtschaftssektoren verteilen:

88 Industrie (davon 7 Gießereien und Schmieden, 25 Produktionsgüterbetriebe, 31 Maschinenteil- und Halbfertigproduktionen, 20 Produktion dauerhafter Konsumgüter, 5 Baubetriebe)

7 Landwirtschaft

1 Konsumgenossenschaft

44 Erziehung

14 Wohnbau

6 Dienstleistungen

Als Ursache für das Überwiegen der Industrieproduktion werden einerseits die Wirtschaftsstruktur des Baskenlandes und andererseits die bewußte Ausrichtung auf produktive, mehrwertschaffende Aktivitäten genannt (CLP, o.J. (a), S. 10). Der Umsatz der Industrie-, Landwirtschafts- und Konsumgenossenschaften erreichte 1982 zusammen rund 1,7 Mrd. DM der Exportanteil betrug 32 %.

Alle angeführten Genossenschaften sind Mitglieder der 4 deshalb sogenannten Genossenschaften 2. Grades: der Bank, Caja Laboral Popular, der Sozialversicherung Lagun-Aro, der Schule Eskola Politeknikoa und das Forschungszentrum IKERLAN; sie stellten mit ihren Repräsentanten die Mehrheit in deren Hauptversammlungen.

Caja Laboral Popular (CLP):

Die CLP besteht aus einer Abteilung, die für sämtliche Bankgeschäfte zuständig ist, und einer "Unternehmensabteilung", die die Förderung, Beratung und Prüfung der Genossenschaften zur Aufgabe hat. Die "Division Bancaria" bildet mit 135 Filialen und über 522.000 Kundenkonten (wobei allein im Jahre 1982 35.270 dazugekommen sind) sowie einer Einlagensumme von 79,3 Mrd. pts (rund 1,4 Mrd. DM) die viertgrößte Sparkassenbank des Baskenlandes (Geschäftsbericht der CLP 1982). Damit erfüllt die CLP das Ziel, die - verglichen mit anderen Regionen Spaniens - sehr starke Spartätigkeit des Baskenlandes (Sparquote von 21,1%) den Genossenschaften in Form von Krediten zugute kommen zu lassen.

Die "Division Empresarial" bietet den Genossenschaften technische und betriebswirtschaftliche Beratung und stellt so die Verbindung zwischen der CLP und den Genossenschaftsbetrieben her. Damit werden, zwei Ziele gleichzeitig verfolgt: Einerseits werden die Sicherheiten der Kredite der CLP verbessert und andererseits die Konsolidierung und Entwicklung der Gruppe gefördert.

Die allgemeinen Ziele dieser Abteilung werden von der CLP wie folgt beschrieben:

- ☛ **Promotion:** Gründung und Aufbau neuer genossenschaftlicher Betriebe, die zur Entwicklung strukturschwacher Gebiete und bisher schwach entwickelter Sektoren im Baskenland beitragen.
- ☛ **Beratung:** Unterstützung der Entwicklung der Genossenschaften durch eine kontinuierliche und enge Zusammenarbeit in technischen, wirtschaftlichen, sozialen Angelegenheiten sowie in Geschäftsführungsfragen.

Information: Versehen der Leiter der Genossenschaften bzw. der Genossenschaftsgruppen mit genauer Information über die eigene Genossenschaft bzw. Gruppe sowie über den Wirtschaftssektor, in dem sie tätig ist, um eine homogenere Geschäftsführung zu erreichen. (CLP, o.J.(a), s. 3).

In 7 Bereichen der Abteilung (nämlich Studien, Förderung der Landwirtschaft, Förderung der Industrie, Intervention, Beratung, Berichtswesen und Information, Städte- und Wohnbau) sind 110 Personen mit zumeist hoher Qualifikation beschäftigt. Neben vielfältigen Studien- und Förderungsaktivitäten werden Beratungen auf den Gebieten Marketing, Export, Finanzen, Recht, Technik usw. durchgeführt und die monatlichen Berichte aus den Genossenschaften geprüft. Bei Genossenschaften, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, greift das "area de intervencion" (Interventionsabteilung) direkt in die Geschäftsführung ein und übernimmt dadurch das Krisenmanagement. Im Studienbereich werden nicht nur gruppeninterne Fragen behandelt, sondern regelmäßig umfangreiche makroökonomische Untersuchungen über das Baskenland durchgeführt und veröffentlicht.

Lagun Aro:

Die Versicherungsanstalt "Lagun-Aro" wurde 1973 aus der CLP ausgegliedert und ebenso als Genossenschaft 2. Grades organisiert, d.h. ihre Mitglieder sind die Genossenschaften der Gruppe. Samt den Familienangehörigen der Genossenschafter/innen hatte "Lagun-Aro" Ende 1982 rund 47.700 Versicherte. Intern ist "Lagun-Aro" in einen Sozialversicherungsbereich und einen betriebsmedizinischen Bereich untergliedert. Die soziale Vorsorge umfaßt die Kranken-, Unfall-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung. Die Beiträge der Genossenschafter/innen setzen sich aus einer fixen Quote von 197,- DM (1983) pro Monat und einer variablen, d.h. einkommensabhängigen Quote zusammen (1), die getrennt zur Dotierung unterschiedlicher Leistungen herangezogen werden. "Lagun-Aro" verfügt über eigene Verträge mit Ärzten, der Selbstbehalt, den die Genossenschafter/innen bei diesen selbst zahlen müssen, beträgt 20%. Im Krankheitsfall werden 80% des Gehaltes weiter bezahlt, nur bei Erkrankungen aus Berufsgründen und bei einer Krankheitsdauer von über 2 Monaten werden 100% des Gehaltes ausbezahlt. Der betriebsmedizinische Dienst umfaßt Untersuchungen und Behandlungen, klinische Laborberichte und psychische Behandlungen sowie der Erhöhung der Sicherheit am Arbeitsplatz.

Ikerlan:

Das Technologieforschungszentrum "Ikerlan" wurde 1977 mit dem Ziel gegründet, die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Genossenschaften zusammenzufassen und voranzutreiben, um zum Zweck höherer Wettbewerbsfähigkeit technologische Autonomie zu erreichen. Dafür werden auf den Gebieten Elektronik, Mechanik, Informationstechnologie und Produktionssysteme Neuentwicklungen erarbeitet, ihre Anwendung in der Produktion gefördert und die Ergebnisse auch zu ihrer besten Verwertung an Dritte verkauft (CLP, o.J. (a), 5.27).

Eskola Politeknikoa

Die technische Berufsschule "Jose Maria Arizmendi Arriata Eskola Politeknikoa" in Mondragon ist die älteste Einrichtung der Gruppe und heute ebenfalls als Genossenschaft 2. Grades organisiert. Ihre Hauptversammlung setzt sich zu 1/3 aus Lehrern, zu 1/3 aus Schülern und Eltern und zu 1/3 aus Vertretern der Genossenschaften und der Gemeinde zusammen. Die "Eskola" bietet ihren 1.200 Schülerinnen (13%) und Schülern Berufsschulabschlüsse 1. und 2. Grades, Matura besonders für Ingenieurstudien und eine Ingenieurausbildung auf Universitätsniveau. Ab der Berufsschule 2. Grades besteht die Möglichkeit in die 1966 gegründete Schülergenossenschaft "Alecoop" einzutreten, in der zur Zeit 450 Schüler und Studenten Halbtags beschäftigt sind.

80% der Absolventen der "Eskola" treten in die Genossenschaften ein, wo besonders für qualifizierte Arbeitskräfte bisher immer ein Bedarf bestand. Für die schon im Arbeitsprozeß stehenden Genossenschafter/innen werden im Rahmen der permanenten Erwachsenenbildung Kurse abgehalten, deren Dauer zwischen einigen Monaten und 5 Jahren variiert und die an den Erfordernissen der Genossenschaften ausgerichtet sind. Die Finanzierung der "Eskola Politeknikoa" erfolgt zu 45% durch die baskische Regierung, 35% müssen die Schüler selbst aufbringen und 20% der Mittel kommen von den Genossenschaften und der Gemeinde.

Genossenschaftsgruppen:

Die Genossenschaften sind nicht nur über die Genossenschaften 2. Grades - besonders die CLP - miteinander verbunden. Es wurde und werden in zunehmendem Maße direkte Zusammenschlüsse zu "Dachgesellschaften" vorgenommen, um gemeinsame Einrichtungen für diverse Dienste zu schaffen, Skalenerträge zu nützen und die Vereinheitlichung interner Normen zu erreichen (CLP, 1979, S.7). Die Bildung von Genossenschaftsgruppen erfolgte entweder durch regionale ("grupos sociales") oder branchenweise ("grupos industriales") Zusammenfassung einzelner Genossenschaften. Die 12 "grupos sociales" haben vor allem die Aufgabe, die Nettoüberschüsse der einzelnen Betriebe gleichmäßig auf alle Genossenschafter/innen der Gruppe zu verteilen. Dafür wird von jedem Betrieb der Nettoüberschuß abzüglich der Dotierung der Sozial- und Reservefonds (insgesamt mindestens 30%) beispielsweise an ULARCO, die "grupo social" in Mondragon selbst, abgeführt. Danach wird der "aggregierte" Gewinn von ULARCO gleichmäßig auf alle 6.500 Genossenschafter/innen verteilt, d.h. auch auf jene, deren Betrieb in der jeweiligen Periode einen Verlust erlitten hat. Im Fall von Arbeitsplatzverlusten in einem Betrieb muß in einem anderen Betrieb der "grupo social" die entsprechende Anzahl von Arbeitsplätzen für die Betroffenen gefunden werden, da Kündigungen nicht möglich sind. Weitere Prinzipien der "grupos sociales" sind die Bevorzugung der anderen Gruppenmitglieder bei Einkäufen, falls gleiche Qualität und gleicher Preis gesichert sind, die Vermeidung offener oder versteckter Konkurrenz untereinander und die Einrichtung von sozialen Diensten (CLP, o.J. (b), S.9).

Die "grupos industriales" fassen Genossenschaften mit gleichen oder ähnlichen Produkten zusammen, um Vorteile im Einkauf, in der Produktion, im Vertrieb und in der Technologie daraus zu ziehen. Konkret geht es dabei um die Vervollständigung der Vertriebsnetze und der Exportbemühungen, die Technologieplanung auf der Basis gemeinsamer Investitionspläne, wobei sowohl von Ikerlan als auch von "Technologietransfers" zwischen den Genossenschaften` profitiert wird (CLP, o.J. (b), S.19; CLP, o.J. (b), S.L~f). Während die regionalen Vernetzungen, also die "grupos sociales", weitgehend etabliert sind (ULARCO wurde bereits 1964 gegründet) ist die branchenweise Integration zu "grupos industriales" noch im Aufbau begriffen.

Interne Organisation der Genossenschaften:

Im Assoziationsvertrag zwischen einem Betrieb und der CLP wird nicht nur die Teilnahme an der Gruppe vereinbart, sondern auch konkrete Bestimmungen bezüglich der internen Organisation festgelegt. Dadurch hat jede Genossenschaft der Gruppe ungefähr jene Struktur, die die Begründer der ersten Genossenschaften für ihre Betriebe entworfen haben, um demokratische Prinzipien zu verwirklichen.

Mit einer Kapitaleinlage von etwa 11.340,- DM, die beim Eintritt zu mindestens 1/4 zu erlegen ist, ist jedes Mitglied an seinem Betrieb beteiligt. Es ist ausgeschlossen, Kapital zur Verfügung zu stellen und daraus Einkommen zu erzielen, ohne im Betrieb zu arbeiten. Genauso verhindern die Statuten reine Lohnarbeit, d.h. niemand ist - mit wenigen zeitlich beschränkten Ausnahmen in den Genossenschaften beschäftigt, ohne Miteigentümer zu sein. Die Kapitaleinlage wird einem individuellen Kapitalkonto gutgeschrieben und kann - durch Verzinsung und Gewinnzuschreibung vermehrt und durch Verlustzuschreibung verringert - erst mit dem Ausscheiden aus dem Betrieb wieder behoben werden. Selbst dann wird noch etwa 1/6 der Einlage als sogenannte verlorene Einzahlung einbehalten. Das monatliche Einkommen der Genossenschafter/innen stellt formal betrachtet eine Gewinnvorauszahlung dar und bemißt sich nach einem für jeden Arbeitsplatz Index. Die Unterschiede in der Bezahlung sind auf ein Verhältnis von maximal 1:3 (in Sonderfällen) kurzfristig bis 4.5) begrenzt. Dabei entspricht dem Index 1 ein Betrag von rund 790,- DM und dem Index 3 entsprechend 2.370,- DM. Die unteren Einkommenskategorien (Index

1 bis 1,6) sind an den Lohnhöhen in der übrigen baskischen Wirtschaft orientiert, während die Einkommen im Bereich der Indizes 1,6 bis 2 um 10% und im Bereich 2 bis 3 um 40% unter den Gehältern für vergleichbare Arbeitsplätze in kapitalistischen Unternehmungen liegen.

Entscheidungsstruktur

Alle Mitglieder einer Genossenschaft haben Sitz und Stimme in der Hauptversammlung, die mindestens einmal jährlich zusammen tritt. Ihr obliegt die Wahl des Vorstandes, des Kontrollrates, die Entscheidung über Kapitalzufuhr, Veränderung interner Regeln, die Abnahme der Bilanz u.ä. Der Aufsichtsrat, dessen Mitglieder für jeweils 4 Jahre gewählt werden und der alle 2 Jahre zur Hälfte ausgewechselt oder wiedergewählt wird, bestimmt das Management (meist einen Direktor) für mindestens 4 Jahre. Der Direktor bzw. das Management sind mit der Führung des Betriebes betraut. Von den Genossenschaftler/innen werden abteilungsweise Vertreter für den Sozialrat gewählt, der gegenüber dem Direktor bzw. dem Management die Interessen der "Basis" wahrzunehmen hat. Ein Managementrat der einzelnen Abteilungen ist als beratendes Organ neben Vorstand und Direktor (Management) eingerichtet.

Formale und reale Selbstverwaltung der Genossenschaften von Mondragon

Konzeptueller Einstieg

Im Rahmen der Selbstverwaltungsdiskussion sind u.a. zwei Themenbereiche von Interesse:

- ☞ Selbstverwaltung als innere Organisationsform eines Betriebes und
- ☞ die ökonomischen Ergebnisse eines selbstverwalteten Wirtschaftssystems (z.B. Jugoslawien) oder von Selbstverwaltungsbetrieben innerhalb einer gemischten Wirtschaft (Vaneck, 1975, s. 12ff).

In dem vorliegenden Artikel wird der zweite Themenbereich nur im Zusammenhang mit der Krisenbewältigung der Mondragongruppe analysiert.

Selbstverwaltung als innere Organisation wurde historisch immer von denen festgelegt, die in dieser Art zusammenarbeiten wollten. Es gelten bei der Selbstverwaltung eines Betriebes also immer Prinzipien, die sich die einzelnen Gruppen nach ihren Zielsetzungen, Erfahrungen, Rahmenbedingungen wie z.B. Region, Ideologie selbst gaben und die sich daher auch mehr oder weniger voneinander unterscheiden. Dabei gibt es 2 grundlegende Normen die die Basis aller Selbstverwaltungsversuche darstellen: Die Veränderung der Eigentumsverhältnisse in Richtung Kollektivierung sowie Demokratie im Arbeitsleben und Selbstbestimmung der Arbeitenden. Aus diesen Normen, die an die Stelle der Maximierung und privaten Aneignung des Gewinns treten, lassen sich verschiedene Kataloge von Prinzipien ableiten, die ihre Erreichung bzw. ihre Einhaltung sicherstellen sollen. Erst 1971 kam es erstmals zu einer genaueren theoretischen Ausformulierung solcher Ziele durch Vanek. Dabei definiert nicht eine Gruppe von Menschen, die einen selbstverwalteten Betrieb gründen will, programmatisch die Prinzipien, sondern ein Theoretiker postuliert, welche "Merkmale" vorliegen müssen, damit es sich um einen selbstverwalteten Betrieb handelt. Um die Prinzipien der Mondragongruppe einordnen zu können, sind in der Darstellung einige Beispiele zusammengestellt. (2)

Wie aus der Darstellung ersichtlich, sind das Solidaritätsprinzip, das Identitätsprinzip und das

Demokratieprinzip grundlegend für jede Genossenschaft, wobei allerdings unterschiedliche Ausformungen dieser Prinzipien möglich sind. Große Unterschiede gibt es vor allem beim Identitätsprinzip, welches auf die Besitzverhältnisse abstellt. Während bei den Pionieren von Rochdale eine vollkommene Neutralisierung des Kapitals (3) vorliegt, können bei Vaneck auch Nicht-Genossenschaftsmitglieder Anteile besitzen, jedoch haben diese keinerlei Aufsichtsrecht, solange die Arbeitsgemeinschaft ihren Verpflichtungen und dem Schuldendienst nachkommt (Vaneck, 1975, S.20). Das Solidaritätsprinzip bezieht sich auf die Verteilung der Überschüsse, die sich in Regelungen bzgl. Einkommensverteilung, Ausschüttungsmöglichkeiten bzw. -quoten, Anlegen von Fonds und Verzinsung von Anteilen niedergeschlagen. Das Demokratieprinzip regelt die Mitbestimmungsmöglichkeiten der einzelnen Genossenschaftler, wobei diese nach Vaneck "ausnahmslos von der aktiven Mitarbeit im Unternehmen" abhängig sein soll (Vaneck. 1975. 5. 18f).

Formale Selbstverwaltung in den Genossenschaften von Mondragon

Die Gründungsgeneration der Genossenschaften von Mondragon hat Grundsätze entwickelt, die sich zu drei Prinzipien zusammenfassen lassen:

Das Identitätsprinzip

Das Identitätsprinzip legt fest, daß alle Arbeitenden auch Genossenschaftsmitglieder sein müssen und daß alle am Kapital der Genossenschaften Beteiligten in den Genossenschaften arbeiten müssen. Jedes Genossenschaftsmitglied bringt bei seinem Eintritt eine Einlage in die Genossenschaft ein, die mit einem festen Zinssatz von 6% (Thomas & Logan, 1982, S. 155) verzinst wird und der individuelle Gewinnanteile zugeschrieben werden. Das Kapital der Genossenschaften ist so im Eigentum der Mitglieder. Eine Neutralisierung des Kapitals ist dadurch gegeben, daß über die Einlagen erst beim Austritt verfügt werden kann, sowie bezüglich jener Quoten, die den kollektiven Konten gutgeschrieben werden. Tatsächliche Neutralisierung ist nur im Ausmaß der sogenannten "verlorenen Einzahlung" von max. 25% der Einlage (Thomas/ Logan, 1982, S. 24) verwirklicht, denn nur diese bleibt bei Ausscheiden eines Mitgliedes als kollektives Eigentum im Betrieb. Der Gewinn einer Genossenschaft wird höchstens zu 70% auf die individuellen Konten verteilt, 10% werden jährlich in einen Sozialfonds eingezahlt. Mindestens 20% werden einem kollektiven Rücklagenkonto für Investitionen, Sozialausgaben, Verlustabdeckung und ähnliches gutgeschrieben. In den ersten Jahren nach der Neugründung einer Genossenschaft und bei hohen Gewinnen können die Gutschriften auf die individuellen Konten verringert werden. Die Zuschreibung zu den individuellen Konten erfolgt nicht nach dem dort angesammelten Kapitalanteil aber auch nicht gleichmäßig auf alle Genossenschaftler: Der Nettoüberschuß wird im gleichen Verhältnis wie das Einkommen verteilt (Thomas/Logan, 1982, S. 154f).

Das demokratische Prinzip

Die Teilnahme aller Mitglieder an den Entscheidungen in der Genossenschaft erfolgt hauptsächlich in der Hauptversammlung, in der alle Sitz und Stimme haben, wobei pro Kopf eine Stimme gegeben ist.

Die Hauptversammlung tritt mindestens einmal jährlich zusammen, um über Investitionen, Kapitalzufuhr und ähnliches zu entscheiden und um der Bilanz zuzustimmen. Sie kann weiter die Höhe der Kapitaleinlage neuer Mitglieder festlegen und über interne Regeln entscheiden. In der Hauptversammlung wird der Aufsichtsrat für vier Jahre gewählt, wobei die Hälfte des Aufsichtsrates, der aus 3 bis 12 Personen bestehen kann, alle zwei Jahre erneuert oder wieder gewählt wird. Diesem Gremium ist die von ihr bestellte Direktion, meistens aus einer Person

bestehend, verantwortlich. Damit hat die Hauptversammlung nur indirekten Einfluß auf den Direktor, der die täglichen Entscheidungen trifft.

Die direkte Vertretung der Arbeiterinteressen wird vom sogenannten Sozialrat wahrgenommen, der aus direkt gewählten Vertretern der einzelnen Abteilungen zusammen gesetzt ist. Neben seiner beratenden Funktion in allen Aspekten des Personalwesens hat der Sozialrat die Kompetenz in Fragen der Unfallverhütung, Arbeitshygiene und -sicherheit, Sozialversicherung, Lohnhöhe, Verwaltung von Sozialfonds usw. bindende Entscheidungen zu treffen (Thomas/Logan, 1982, S. 66 und 68). Eine weitere wichtige Funktion des Sozialrates ist es, den Informationsfluß zu den Arbeitenden sicherzustellen, sowie den Informationsfluß vom Aufsichtsrat zu den übrigen Organen und zwischen den einzelnen Genossenschaftlern (Thomas/Logan, 1982, S. 191).

Das Solidaritätsprinzip

Das Solidaritätsprinzip findet auf der Mitgliederebene im maximalen Lohnverhältnis von 1:3 und im Grundsatz der Arbeitsplatzschaffung seinen Ausdruck. Auf der Ebene der Genossenschaften ist die Solidarität durch die Einrichtung von Genossenschaftsgruppen (grupos sociales und grupos industriales) verwirklicht. Der Umverteilung von Gewinnen und Verlusten innerhalb dieser Gruppen vermindert das individuelle Risiko.

Reale Selbstverwaltung in den Genossenschaften

Im folgenden werden Aspekte der Demokratie- und des Solidaritätsprinzips diskutiert, das Identitätsprinzip (Identität von Kapital und Arbeit) wird im Abschnitt 3 (Mondragon und Krise) noch ausgeführt.

Die Hauptversammlungen sind stark besucht, im Durchschnitt nehmen 80% der Mitglieder an ihnen teil. Bei bestimmten Entscheidungen ist die Stimmabgabe verpflichtend. Die tatsächliche Entscheidungsmacht liegt aber in vielen Fällen bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates, und Mitgliedern, die aufgrund ihres Informationsvorsprungs kaum angreifbar sind und häufig auf Abstimmung verzichten. Reges Interesse und lebhaftes Diskussionsniveau gibt es fast nur in Geldfragen wie z.B. Kapitalzufuhr und Lohnhöhe. Durch die Kompetenzverteilung im Betrieb sind Anträge von Arbeitern nicht so fundiert wie solche vom Management, wodurch ihre Realisierbarkeit leichter in Frage gestellt werden kann. Nach Auskunft von Genossenschaftsmitgliedern wurden beispielsweise Vorschläge zur Veränderung der Arbeitsorganisation mit dem Hinweis auf Geldmangel abgelehnt.

Die in den Statuten vorgesehene Möglichkeit zur Abwahl von Aufsichtsratsmitgliedern wird zwar selten genutzt, wurde aber schon einige Male ergriffen. Das zeigt, daß der Aufsichtsrat der Hauptversammlung nicht nur formal, sondern tatsächlich verantwortlich ist. Für die Abwahl eines Direktors müssen wichtige Gründe vorliegen, denn dieser wird nicht direkt von der Hauptversammlung bestellt. Weitere Ursachen für die Probleme in der Mitbestimmung liegen in der Größe mancher Genossenschaften, wie z.B. ULGOR mit über 3.000 Mitgliedern oder Fagor mit über 1.600 Genossenschaftlern. Beklagt wird auch das fehlende Engagement vieler Genossenschaftler: besonders bei den jüngeren Mitgliedern herrsche eine rein instrumentelle Arbeitseinstellung vor (II-EP., 1983).

Die Politechnische Schule ist auch als Instanz gedacht, die den jungen Menschen kooperative Einstellung und Engagement in der Selbstverwaltung vermitteln soll und sie ist daher als Genossenschaft mit Mitbestimmungsrecht der Schüler konzipiert. Tatsächlich sehen sich die Schüler bzw. ihre Vertreter in Hauptversammlung und Direktionsrat jedoch meist einer Koalition von Lehrern und Vertretern der Genossenschaft gegenüber, die gemeinsam über zwei Drittel der Stimmen verfügen. Hinzu kommt eine relativ starke Selektion: von 250 Schulanfängern bleiben nach dem ersten Abschnitt 150 übrig, was auf einen gewissen Leistungsdruck schließen läßt (vergl. II-EP., 1983, S. 53). In Alecoop, der Genossenschaft der Schüler und Studenten,

werden die leitenden Funktionen von permanent dort beschäftigten Personen ausgeübt, während die wechselnden und halbtagsbeschäftigten Schüler und Studenten nur ausführende Tätigkeiten übertragen bekommen.

Die Selbstbestimmung der Mitglieder einer Genossenschaft dürfte - besonders in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten - durch den Einfluß der CLP gemindert sein, den diese durch ihre Beratungs- und Kontrollfunktionen, wie sie im Assoziationsvertrag vorgesehen sind, ausübt.

Durch die Notwendigkeit am internationalen Markt zu bestehen ist für die Genossenschaften Wettbewerbsfähigkeit sehr wichtig. Das drückt sich auch in der Arbeitsorganisation aus, die durch traditionelle Methoden geprägt ist. In der Haushaltsgeräteproduktion von Fagor fanden wir Fließbänder vor, und auch die Frauen in der Herstellung elektronischer Komponenten müssen sich nach den beschlossenen Sollvorgaben richten.

Eine weitere Auswirkung der Selbstverwaltung ist die starke Betonung der Sicherheit und der Hygiene am Arbeitsplatz, die durch ständige Kontrolle des betriebsmedizinischen Dienstes Lagun Aro und durch das Weisungsrecht des Sozialrates gewährleistet sind. Auch die psychische Komponente findet am Arbeitsplatz stärkere Berücksichtigung. Im Gegensatz zu den privatkapitalistischen Betrieben, deren Eigentümer nach Aussagen der Unternehmervereinigung Confebask noch stark in der Zeit der Diktatur verhaftet sind, haben die Genossenschaften ein menschliches Arbeitsklima. Das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen ist weniger patriarchalisch, sondern eher kooperativ (IIR-EP, 1983, S. 10ff). Ausdruck des humaneren Klimas ist die niedrige Fluktuation und die hohe Motivation wie einige Untersuchungen zeigen (Logan) sowie eine niedrige Absentismusrate.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß durch die völlige Einbindung in die kapitalistisch organisierte Marktwirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit ein wesentliches Orientierungsmuster ist. Daher ist im Arbeitstempo, Produktivitätsstreben, Arbeitsorganisation und Arbeitszeit wenig Unterschied zu einem privatkapitalistischen Unternehmen zu sehen. Auch das Produktionsprogramm ist vor allem durch "Gewinnkriterien" bestimmt. Durch die gleichmäßige Verteilung der Überschüsse und das Fehlen von Gewinnabflüssen sowie die geringen Einkommensunterschiede kommen den Arbeitenden die Anstrengungen direkt zugute. Darin liegt ein wesentliches motivierendes Element.

Ist damit der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit im Marx'schen Sinne aufgehoben?

Formal ist der Gegensatz in der Mondragon Gruppe dadurch überwunden, daß es keine Kapitalisten und keine Lohnabhängigen mehr gibt, sondern die Genossenschaftler, eine "Personalunion" aus beiden darstellen. Die Produktionsfaktoren, Kapital und Arbeit bleiben jedoch getrennt und können gegensätzliche Interessen bewirken, wobei das Kapitalinteresse in der Form eines Gesamtinteresses der Genossenschaft erscheint. Die Einbettung in die Marktwirtschaft erzwingt nämlich einen rentablen Kapitaleinsatz, was in Krisenzeiten auf Kosten des Faktors Arbeit gehen kann.

- ☞ (1) Diese Beiträge sind nicht mit dem Arbeitnehmerbeitrag vergleichbar, da hier Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil enthalten sind.
- ☞ (2) Die Auswahl erfolgte nach den Kriterien weiteste und engste Orientierung, theoretischer und praktischer Ansatz und Bezug zu Österreich. Weiter wurden nur Selbstverwaltungsmodelle im Rahmen einer gemischten Wirtschaft herangezogen.
- ☞ (3) Neutralisierung des Kapitals heißt, daß keine Möglichkeit zur persönlichen konsumtiven Nutzung des Kapitals bzw. der Kapitalanteile besteht. Das Kapital steht also nur zur kollektiven, intensiven Nutzung zur Verfügung.

Aus Wandelsblatt Nr. 1 (Oktober 1984, Seite 16)

Organisationsmodell:

Von Direktkrediten zur Ökobank

Wer kennt das nicht. das x-te Plenum, bei dem die fehlende Kohle zentral auf der Tagesordnung steht. Und immer dieselbe Leier. Der Betrieb hat zwar nicht schlecht gewirtschaftet, aber dazu, die fälligen Kredite zurückzuzahlen, dazu reicht es einfach wieder mal nicht. Also wieder umschulden.

Die Maschine Herz des Betriebs und Garant der Existenz der 15 Kollektivmitglieder - war ein Gelegenheitskauf. Aber wie günstig auch immer: wer hat schon mal eben 100.000 Märker flüssig? Also Finanzierung "alternativ", 60.000 Mark kurzfristig von Freunden, der Rest auf Wechsel, fällig in 2 Monaten.

Und von da an dreht sich das Finanzierungskarussell; der Wechsel muß schnellstens umgewandelt werden in Kredite; bei der Bank spielt sich nichts ab, die unmittelbaren Freunde sind schon abgegrast, sind also jetzt die Freunde der Freunde dran; und andere - Not macht erfinderisch: warum nicht die Kunden um Kredite anhauen, das durchbricht außerdem das anonyme Verhältnis Produzent-Konsument.



Aber was man sich auch immer einfallen läßt: weder die Freunde noch deren Freunde und auch nicht die Kunden haben die Möglichkeit, über längere Zeit auf ihre Ersparnisse zu verzichten. Das neue Auto, die Wohnungseinrichtung, der Urlaub oder der Start ins lange geplante eigene Projekt - Sparen ist nicht Selbstzweck und wir zählen nicht gerade die Millionäre zu unserem Bekanntenkreis.

So entwickelt sich ein neuer Arbeitsplatz im Kollektiv: der Kreditjongleur. Er sitzt meistens im Büro vor Bergen von Rechnungen und überlegt, wen man nach der dritten Mahnung noch mit Ratenzahlungen vertrösten kann. Ansonsten macht er Druck im Plenum: wo kriegen wir neue Kredite her?

Und mit dieser allseits gefürchteten Frage verwickeln sich die sowieso vorhandenen Probleme untereinander zum Gordischen Knoten: wieso schaffst Du eigentlich nicht mal einen Kredit bei, schließlich engagierst du dich sonst auch nicht gerade übermäßig und daß du in so 'ner Situation in Urlaub gefahren bist, das werden wir auch nicht vergessen... So und so ähnlich, und das hin und zurück.

Am Anfang ist das ja noch reizvoll, die scheinbar ausweglose Situation mit immer neuen Tricks und Einfällen immer wieder doch zu meistern. Aber nach drei, fünf oder mehr Jahren und nach dem Verschleiß von drei, fünf oder mehr hoffnungsfrohen Finanzierungsjongleuren ist man doch irgendwann so weit, den Sinn des Ganzen in frage zu stellen.

Ich möchte nicht wissen, wie viele Kollektive an dieser Frage irgendwann mal entnervt und zerstritten aufgegeben haben. Ich weiß aber, daß das traditionelle Spiel zunehmend aussichtsloser wird. Einerseits wird der Finanz- und Kreditbedarf der Kollektive größer, zum anderen ist der Kreis der auf Kredite Ansprechbaren nach Jahren einfach erschöpft - das Spiel wird zum Trauerspiel.

Es ist von daher mehr als erfreulich, daß seit gut einem Jahr innerhalb unserer Bewegung Ansätze entwickelt werden, dieses Kreditierungsproblem aus den Zufälligkeiten und Unzulänglichkeiten raus in eine organisierte und handhabbare Form zu bringen. Das ist zunächst der von Stattwerke in Berlin entwickelte und mittlerweile von den meisten regionalen Netzwerken übernommene Ansatz der Direktkredit-Vermittlung.

Dabei geht es im Prinzip um die Vermittlung des Kontakts zwischen Zentren, die Geld haben und mit selbstverwalteten Betrieben sympathisieren, d.h. diesen ihr Geld befristet zur Verfügung stellen würden, statt es zur Bank zu tragen - und den Betrieben, die solche Kredite brauchen.

In der Praxis handelt es sich um eine bundesweit durchgeführte Kampagne, bei der solchen potentiellen Kreditgebern die Möglichkeit und Sinnhaftigkeit dieses "alternativen Sparens" deutlich gemacht wird. In der Tat wird ja nicht nur etwas sinnvolles finanziert - der Aufbau einer am Menschen orientierten Wirtschaft - sondern zusätzlich Schädliches verhindert. Die Banken "arbeiten" mit dem Spargeld, und am meisten ist allemal zu verdienen in Spekulationsgeschäften und in der Rüstung.

Derzeit gibt es - glaube ich - die höchsten Zinsen überhaupt bei amerikanischen Staatsanleihen. Und was der Reagan mit der Kohle macht, ist allgemein bekannt.

Finden sich nun "Alternativ-Sparwillige" so wird deren Kredit erst mal auf einem Treuhandkonto "geparkt"; dies solange, bis das regionale Vermittlungsbüro dem Kreditgeber einen selbstverwalteten Betrieb präsentieren kann, den dieser kreditieren möchte. Das Vermittlungsbüro muß also parallel zur Geldsammelkampagne einen Katalog selbstverwalteter Betriebe erstellen mit den entsprechenden Selbstdarstellungen und mit den Beschreibungen der jeweiligen Investitionsvorhaben.

Der Rest ist dann relativ einfach. Der potentielle Kreditgeber wird mit dem Betrieb seiner Wahl zusammengebracht; zwischen Kreditgeber und Betrieb werden die Kreditbedingungen (Laufzeit, Zinsen, Sicherheiten) ausgehandelt und vertraglich abgesichert; das Direktkredit-Vermittlungsbüro erhält für seine Tätigkeit einen Prozentsatz der vermittelten Summe (0,5 bis 1%).

Ganz wichtig dabei ist noch, daß die Kreditvermittlung nicht als bloße Finanztransaktion verstanden wird, sondern verbunden ist mit intensiver Beratungstätigkeit. Die Vermittler brauchen dazu entsprechende betriebswirtschaftliche Kenntnisse, genügend Überblick über den Markt, um die Chancen des betrieblichen Vorhabens einschätzen zu können und vor allem weitreichende Kenntnisse des Innenlebens selbstverwalteter Betriebe und der Situation der Gesamtheit der Betriebe in der Region. Kenntnis des Innenlebens deshalb, um die Sicherheit der Rückzahlung einschätzen zu können (dingliche Sicherheiten fehlen in der Regel), Kenntnis der gesamten Szene deshalb, weil der an einen Betrieb vermittelte Kredit und die damit getätigte Investition bei insgesamt enger werdendem Markt schnell dazu führen kann, daß andere selbstverwaltete Betriebe der gleichen Branche in Wettbewerbsnachteile und möglicherweise ins Schleudern geraten. - Soviel zunächst zur Direktkreditvermittlung.

Die Vorteile gegenüber der oben geschilderten Situation des betriebsbezogenen Kreditmanagements liegen auf der Hand:

- Durch die bundesweit einheitlich durchgeführte Kampagne werden wesentlich mehr potentielle Kreditgeber erreicht.
Die Kreditvergabe wird "objektiviert", d.h. kommt endlich runter von der Ebene der Bettelei einerseits und des gönnerhaften Mäzenatentums auf der anderen Seite. Auch weniger PR-gewandte Kollektive haben eine Chance, an solche Kredite ran zukommen.
- Die auf dem Treuhandkonto "geparkten" Gelder machen Umschuldungsmaßnahmen einfacher. Die Entwicklung des Einzelbetriebs steht stärker im Zusammenhang der Entwicklung der Gesamtheit der Betriebe, d.h. die gegenseitige Konkurrenz wird abgemildert.

Dennoch reicht das neu geschaffene Instrumentarium der Direktkreditvermittlung

nicht aus, die Finanzierungsprobleme der Betriebe zu lösen.

Es handelt sich nach wie vor um Kurzzeit-Kredite, d.h. die Tilgungslasten sind in der Regel hoch.

Die Entscheidung verbleibt beim Kreditgeber, d.h. es kann einem Betrieb auch passieren, daß er keinerlei Kredit kriegt, obwohl er die Voraussetzungen in gleicher Weise wie alle anderen erfüllt. Besonders problematisch wird das bei notwendigen Folgekrediten.

Immobilien und andere Großvorhaben sind nur schwer zu finanzieren, weil es dabei immer um lange Laufzeiten geht und nur große Summen, d.h. eine Vielzahl von Kreditgebern muß für solche Projekte gewonnen werden.

Und der gewichtigste Einwand schließlich aus der Stattwerke-Praxis des letzten Jahres: es kommt insgesamt nicht genug Geld zusammen, die Mentalität des deutschen Sparers verlangt nach Sicherheiten und nach einem Modus der Abwicklung, den er kennt und in dem er solche Sicherheit vermutet.

Aus dieser Erfahrung leitet sich logisch ab die Entwicklung von Instrumenten, die die Sicherheit gewährleisten können und die Entwicklung einer eigenen Bank, die über diesen Status und die damit gegebenen Möglichkeiten allseits vertrauter Abwicklung Seriosität und Sicherheit garantiert.

Gegründet werden sollen sog. Kredit-Garantie-Gemeinschaften. Dies sind Einrichtungen, die nach dem Kreditwesengesetz (KWG) funktionieren, aber nicht wie Banken Geld verleihen, sondern dem Kreditnehmer die notwendigen Bürgschaften zur Verfügung stellen, damit er bei der "Hausbank" den gewünschten Kredit auch kriegen kann.

Gespeist werden solche Kreditgarantiegemeinschaften aus Mitteln der öffentlichen Hand, aus halbstaatlichen Mitteln und aus Eigenbeiträgen der beteiligten Betriebe. Es gibt solche KGGs in allen Bereichen der Industrie, des Handwerks und des Handels (angeblich um die 350 KGGs in der BRD). Nicht selten werden sie genutzt, um "verdeckt" zu subventionieren, indem zusätzliche Rückbürgschaften des Landes gewährt und die Verluste der jeweiligen KGG damit (= aus Steuergeldern) immer wieder ausgeglichen werden.

Eine Kreditgarantiegemeinschaft kann nach dem KWG Bürgschaften leisten bis zum 18-fachen ihres Einlagenkapitals.

Um dies an einem Beispiel zu verdeutlichen: in Hessen wird die Gesamtheit der Betriebe als Verein (Verband) zu 100% Besitzer der KGG für Selbstverwaltung GmbH. Diese erhält ihr Betriebskapital von 2 Mio. Mark als einmalige Zuwendung aus Landesmitteln (wird derzeit verhandelt im sog. "7-Mio Programm"). Danach sind die hessischen Betriebe in der Lage, mit diesem Instrument, bei dem nur sie selbst das

Sagen haben, Kredite zu verbürgen bis zur Gesamthöhe von 36 Mio. Mark (wobei die Bankenaufsicht am Anfang mit Hinweis auf das angeblich erhöhte Risiko bei Krediten von selbstverwalteten Betrieben den Multiplikator 18 sicherlich auf 10 oder sogar 5 herunterschrauben wird; aber auch das bleibt dann noch eine bedeutende Manövriermasse).

In Berlin gibt's (noch) kein 7-Mio-Programm, aber auch dort stehen die Chancen zur Gründung einer KGG Selbstverwaltung nicht schlecht. Hier ist - soweit ich weiß - die Kirche bereit, einen größeren Betrag beizusteuern. Das hessische Modell - hoffen wir - wird Pilotfunktion für andere Bundesländer haben, so daß in zwei, drei Jahren auf Länderebene überall solche Kreditgarantiegemeinschaften für den selbstverwalteten Bereich existieren.

Schwieriger zu bewerkstelligen ist die Sache, die das gesamte Selbstfinanzierungskonzept abrundet und zu einer hieb- und stichfesten Angelegenheit macht: die Gründung der eigenen (Öko-)Bank.

Sie soll die Bank werden, über die die gesamte Bewegung ihre Finanzierungsgeschäfte abwickelt. Die Summe der Finanztransaktionen, d.h. der Kredite, der Spargelder usw. aller Leute, die sich "zur Bewegung" zählen ist - da braucht man nicht hochzustapeln - enorm. Und an allen diesen Geschäften verdienen die Banken, d.h. genau die, die am allerwenigsten Interesse daran haben, daß sich die Gesellschaft in der von uns gewünschten Richtung verändert.

In dem Moment, wo wir mit Geld umgehen, stabilisieren wir also das System, das wir bekämpfen. Und dies deshalb, weil es keine Alternative gibt.

Die Alternative zu Geldgeschäften überhaupt wird es wohl auch auf längere Sicht nicht geben. Eine Alternative zu den bestehenden Banken zu schaffen aber liegt in unseren Möglichkeiten.

Motto: man nehme, nämlich 6 Mio. Mark Eigenkapital und zwei befugte Bankleiter und beantrage damit die Zulassung als Geschäftsbank.

Dieser Antrag wird das Bundesaufsichtsamt für das Bankwesen sicher irritieren - verhindern wird es die Bankgründung letztlich aber nicht können.

Irritiert reagieren werden noch andere, vor allem der genossenschaftliche Prüfungsverband, weil diese Bank als Genossenschaftsbank gegründet werden soll, wodurch

die Spargelder der Öko-Bank über den Sicherungsfonds der Genossenschaftsbanken abgesichert sind, und

den Öko-Bank-Sparkunden die Teilnahme am "freizügigen Sparverkehr" der Genossenschaftsbanken ermöglicht wird.

Dies ist eine sehr wichtige Geschichte, gestattet es doch den Öko-Bank-Sparern, bei jeder Volksbank, Sparkasse oder Raiffeisenkasse das Öko-Bank-Sparbuch zu führen,

d.h. Einzahlungen zu leisten und Abhebungen zu tätigen.

Der Öko-Bank-Sparer hat also die Filiale vor Ort, die er braucht, ohne daß die Öko-Bank gezwungen wäre, gleich überall kostspielige Filialen selbst zu unterhalten.

Mit dem genossenschaftlichen Prüfungsverband haben - habe ich mir sagen lassen - sowieso noch einige von uns ein Hühnchen zu rupfen. Die zu erwartende Verschleppung oder versuchte Verhinderung des Aufnahmeantrages der Öko-Bank-Genossenschaft könnte ein erster Punkt sein, einmal gemeinsam ernsthaft mit dem Dachverband der Genossenschaften umzugehen.

So viel in Kürze zu den Zulassungsschwierigkeiten.

Aber soweit ist die Sache noch lange nicht. Die Schwierigkeiten vorher liegen auf zwei Ebenen:

die Beschaffung der 6 Mio. Einlagekapital, und

die Entwicklung einer tragfähigen "Infrastruktur" für die Bank.

Zunächst mal diesen letzten Punkt: Die Öko-Bank soll die Bank der Bewegung werden, und d.h. sie darf nicht von einigen Managern einfach in die Landschaft gepflanzt werden, sondern muß von einer möglichst breiten Basis entwickelt und kontrolliert werden. Die "Bank der Bewegung" soll also keine Bank für die Bewegung werden (das auch), sondern eine, die "Bewegung in die Bewegung bringt", d.h. Diskussionsprozesse in Gang setzt und aktives Engagement produziert und umgekehrt ihre konkrete Ausgestaltung über gerade diese Diskussionsprozesse erfährt. Die Öko-Bank also als "bewegte Bank", wie es Michael Makowski formuliert. Der Lieblingsgedanke der Stattwerke ist eine Öko-Bank, die über breite Diskussionsprozesse und verstärktes Engagement der Betroffenen und Interessierten vor Ort so dezentral ausgestaltet werden kann, daß das zentralistische Element sich auf rein verwalterische bürokratische Funktion beschränkt. Also: in Frankfurt zwar "die Zentrale" in Form des Computers und der Verwaltung, die lebendige Bank hingegen in den Regionen in der Form von sog. "Finanzkooperativen", ausgestattet mit weitreichender Vollmacht und Autonomie.

Wie kann man sich das vorstellen?

In den Regionen bilden sich Vereine, in denen sich alle die zusammenfinden, die Ernst machen wollen mit der Veränderung der Gesellschaft und erkannt haben, wie wichtig dafür ein autonomes Finanzierungsinstrument ist. Das sind sowohl Kapitalgeber als auch die potentiellen Kreditnehmer (d.h. die Betriebe), es sind Leute "vom Fach" (Banker und Betriebsberater) und es sind Vertreter der relevanten politischen Strömungen. Diese Vereine leisten zweierlei:

Sie bringen Spenden- und andere Gelder auf als Betriebskapital für eine GmbH, die sie zu 100% besitzen.

Sie führen die Diskussion um Vergabekriterien, die derjeweiligen Region angemessen

sind.

Sieben oder mehr solcher Finanzkooperativen gründen mit den Geschäftsanteilen ihrer GmbH's dann die Öko-Bank-Genossenschaft.

Ein fachlich qualifiziertes Mitglied der Finanzkooperative wird nunmehr umgekehrt von der Öko-Bank eG mit Prokura ausgestattet, ist also formal Angestellter der Bank, womit die rechtliche Seite der Angelegenheit sichergestellt ist. De facto aber - das dürfte klar geworden sein - ist dieser Prokurist seit Jahren eingebunden in die Diskussion der Region, in der er arbeitet. Er steht genau dort unter Kontrolle und Rechtfertigungszwang.

Ich muß sagen, daß ich mit dieser Vorstellung ausgesprochen sympathisiere und hoffe, daß sie nicht auf rechtliche Verhinderungsgründe stößt oder allzu große Schwierigkeiten in der Handhabung auftreten.

Initiativen zur Gründung solcher Finanzkooperativen werden derzeit vorbereitet oder schon konkret angegangen von einigen der regionalen Netzwerke.

In der Zwischenzeit und damit komme ich zum anderen großen Problem - arbeitet der in Frankfurt gegründete Verein Freunde und Förderer der Öko-Bank e. V. weiter, bis die Finanzkooperativen existieren und das Konzept auf rechtliche und praktische Durchführbarkeit hin überprüft worden ist.

Es geht ganz zentral um das Aufbringen der 6 Mio. Mark, des erforderlichen Eigenkapitals zur Bank-Gründung, die in Anteilen von 100 Mark auf ein Treuhandkonto gesammelt werden.

6 Mio. Mark - das ist immens viel (der Herstatt gehört dafür geprügelt), und doch heißt es, auf den Kreis der bundesweit zu Interessierenden bezogen, auch wieder nicht so viel. 60.000 Personen, die sich mit 100 Mark beteiligen oder 30.000 mit 200, und der Käs' ist gegessen.

Das Problem besteht darin, diese 30.000 oder 60.000 überhaupt zu erreichen, um ihnen die Idee nahebringen zu können. Werbung über Zeitungen ist teuer und der Versand der Informationsmaterialien, von zwei oder drei Stellen aus bundesweit, verschlingt Unsummen. Außerdem ist es mit nur schriftlichem Info-Material nicht getan. Dazu gehört unbedingt auch die lebendige direkte Diskussion am Ort.

Hier liegt ein gut Stück Hoffnung nach wie vor darin, daß ihr alle aktiv werdet. Eine erste flüchtige Sammlung von Adressen für den WANDELSBLATT-Versand hat schon alleine über 2.000 Betriebe "gebracht", darunter mehr als die Hälfte Läden. Ob Naturkostläden, Buchläden, 3.Welt-Läden, Boutiquen, Cafes, Kinos, Kneipen - ihr alle habt Publikumsverkehr und die meisten von euch haben längst intensivere Kontakte mit ehemaligen "Nur-Kunden" hergestellt.

Wenn ihr diese Kontakte jetzt der Bewegung - euch recht unmittelbar selbst also - zur Verfügung stellt, wenn ihr bei euch die Diskussion um die Bankgründung und die Notwendigkeit der Eigenkapitalsammlung führt, dann ist dies der beste und



Stand: 2.10.1984

Börsenplatz: Hagen

Aktien	Veränderung zum Vortage	Tendenz	Rohstoffe	Veränderung zum Vortage	Tendenz
AEG	+5	scheußlich	Eiche	+4	gefestigt
ASH	+2	gefestigt	Bier	+7	Prost
Bionix	-1	weiß nix	Kiefer	+6	abwartend
Blätterwald	0	ansteigend	Leinöl	-2	klebrig
Caro	+3	uneinheitl.	Müsli	-5	häufig
Club Voltaire	+2	gefestigt	Schrott	0	aufwärts
Die Grünen	0	ansteigend	Spaghetti	+9	geschmackvoll
Elefant	-2	abwärts	Umweltpapier	+12	lesbar
Giraffe	-1	aufwärts	Wein	+4	gepanscht
Krach&Chaos	0	häufig	Wolle	+3	ansteigend
November	0	finster			
Ökobank	-	n. notiert			
Oktober	+6	golden			
SOVA	+4	abwartend			
UFO	-6	selten			
Zünd-Satz	-8,7	fiau			

Gesamtrendenz: Anfangs wechselhaft, später aufheiternd, zum Schluß klar

Stimmung: schwierig bis optimistisch

Letzte Nachricht: Der Verband der selbstverwalteten Betriebe Hessen begibt eine Wandelanleihe zu 8,5 %

effektivste Weg, mit dieser Sache zum Ziel zu kommen.

Der beste deswegen, weil es der Bank nur gut tun kann, wenn ihre ursprünglichen Kapitalgeber aus dem unmittelbaren Umfeld der Betriebe kommen. Das wird viele Diskussionen, die später zu führen sind (Risikobereitschaft der Bank, Entwicklung von Kriterien besonderer Förderungswürdigkeit, d.h. Zinsverbilligung etc.) erheblich vereinfachen.

Unmittelbares Ergebnis der Gespräche zwischen Stadtwerke regionalen Netzwerken und dem Öko-Bank-Freundeskreis bei der Projektmesse war die Entscheidung, diesen Verein Freunde und Förderer so bald wie möglich zu dezentralisieren, d.h. zu regionalisieren.

Gewünscht ist der folgende Ablauf: Regional schließen sich Freunde und Förderer der Öko-Bank zusammen, führen die Diskussion um die Ausgestaltung der Bank, betreiben die Öffentlichkeitsarbeit, versuchen insbesondere, alle relevanten Gruppierungen der Region in die aktive Mitarbeit mit einzubeziehen und möglichst intensiv Gelder auf das Treuhandkonto zu sammeln.

Sobald neun solcher Regionalvereine arbeitsfähig sind, wird die Satzung des Gesamtvereins so verändert, daß es den jetzigen zentralen Vorstand nicht mehr gibt. Der Vorstand setzt sich dann zusammen aus gewählten Vertretern der Regionen, proportional nach deren Mitgliederstärke. Vorstandssitzungen gewinnen damit den Charakter von Vertreter-Tagen, bei denen Impulse aus den Regionen eingebracht und in die jeweils anderen Regionen rückvermittelt werden können.

Kriterien für die Arbeitsfähigkeit sind inhaltlicher und praktischer Art: Keine an der Mitarbeit interessierte Gruppierung der Bewegung darf ausgeklammert werden; der Regionalverein muß 100.000 Mark Treugelder gesammelt haben und mindestens 100 Mitglieder zählen (die Zahlen haben damit was zu tun, daß zur Arbeitsfähigkeit dazugehört, regional ein Büro mit einem Menschen besetzt betreiben zu können).

Unser Aufruf an euch ist daher, solche regionale Arbeit zu initiieren bzw. euch schon bestehenden Initiativen anzuschließen, damit die Demokratisierung auch der Vorläufer der Bank-Strukturen möglichst bald vollzogen werden kann.

Wer es ernst meint mit der Kritik, es werde viel zu viel ("nur noch") über Geld geredet, der sollte sich an die Arbeit machen, die beschriebenen Selbstfinanzierungsinstrumente mit aufzubauen. Damit wir dieses Thema in 2 Jahren als erledigt abhaken können.

Geld wird zwar auch dann noch Thema sein, in den Gruppen und bei Gruppentreffen - aber nicht mehr in der drückenden, belastenden Form wie derzeit.

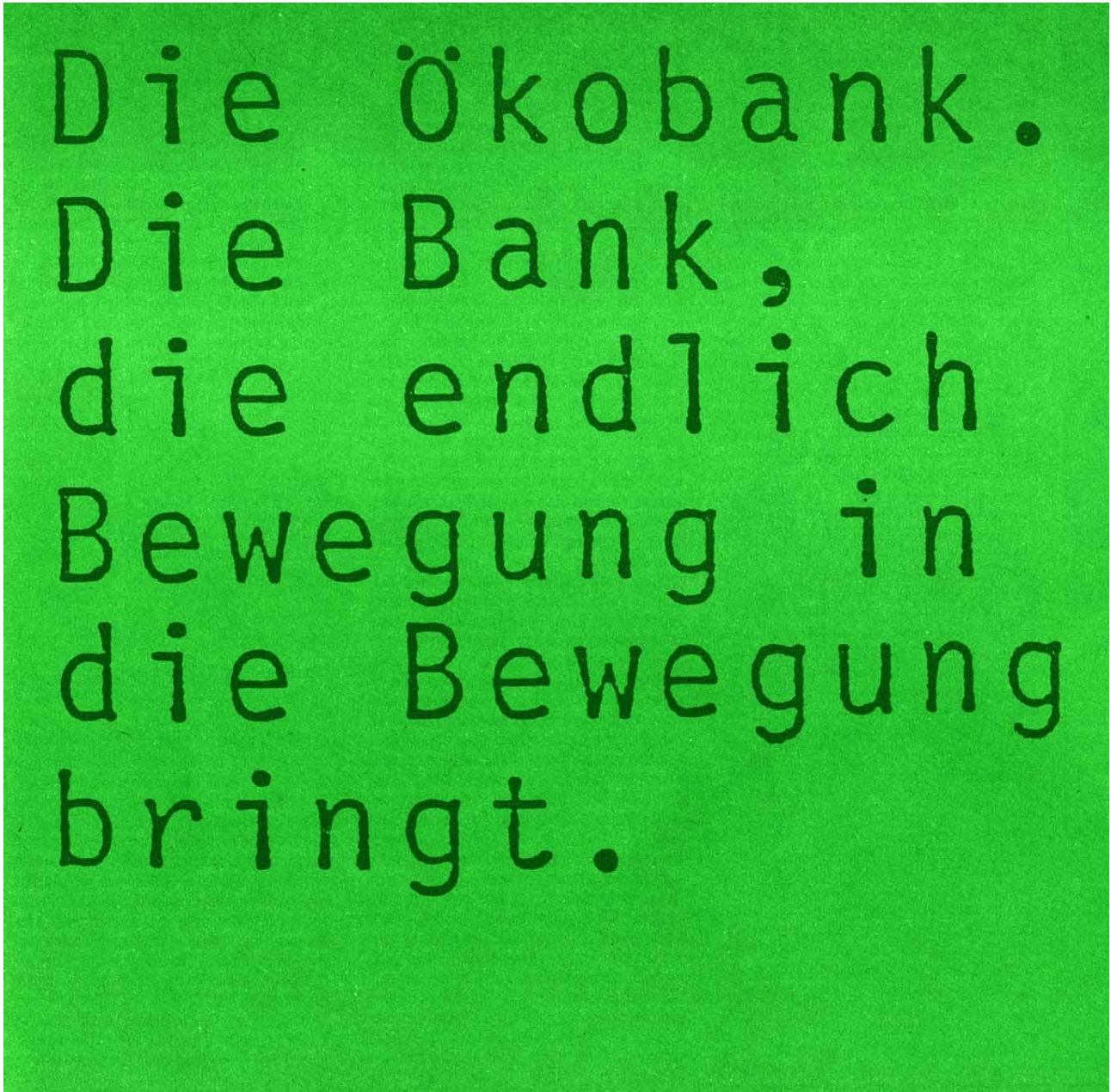
Wir drucken die Beitrittserklärung zum Verein und als Kapitalgeber für die Öko-Bank hier nochmal ab, damit ihr's einfacher habt, einzusteigen. Eine einfache Post- und/oder Zahlkarte tut's aber auch.

An die Läden nochmal der Hinweis, daß es eine Informationsbroschüre zur Öko-Bank gibt, in der kurz das Wesentliche beschrieben ist. Diese Broschüre (und entsprechende Plakate) könnt ihr beim Frankfurter Öko-Bank-Büro anfordern. Vom Verkaufspreis (1,50 DM) könnt ihr 30% einbehalten. Schöner ist natürlich, ihr vertreibt die Broschüre aus Solidarität und rechnet in voller Höhe ab. Das Geld für die Öffentlichkeitsarbeit kommt aus den Mitgliederbeiträgen und den Zinsen der schon gesammelten Treugelder und reicht hinten und vorne nicht.

Hier die Bezugsadresse:

Verein Freunde + Förderer der Ökobank e.V
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
Tel. 06171/75030

Im WANDELSBLATT wird weiterhin ausführlich über die Entwicklung im Bereich der Selbstfinanzierung berichtet werden.



Anzeige der Ökobankinitiative in Wandelsblatt Oktober 1984

Der oben formulierte Anspruch ließ sich ab 1988 (kurz vor Gründung der Bank) nicht durchhalten. Die Ökobank ging ihre eigenen Wege bis zum Ende ... (23.8.2000)